

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark einschließlich der Postbestellgebühr. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstermine: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 11. Juli 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Lohnanzeigen 1 Mk. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 79

# 51te Generalversammlung des Verbandes

## Vierter Verhandlungstag (6. Juli) Vormittags Sitzung

Nach den im Vorbericht schon erwähnten Formalien hält Krauß sein Referat zu dem Punkt II: „Stellungnahme zu den Anträgen auf Abänderung des Statuts, der Vorstandsbeschlüsse und der Wahlordnung sowie zu dem Einheitsstatut des Graphischen Bundes“, und führt aus: Die Generalversammlung in Nürnberg hat nach einem Vorstandsantrag einen gewissen Umbau unserer Grundgesetze vorgenommen. Die Geister haben damals hart um den richtigen Weg gerungen. Die Aufgabe von 1920 ist aber gewiß im juristisch-sittlichen Sinne gelöst worden. Alles konnte natürlich nicht abgeprägt werden, auch solche Verordnungen können nur mit Kompromissen ausfallen. In den Anträgen heute ist zu erkennen, daß das Nürnberger Werk nicht schlecht war, sie bringen eigentlich nur zum Ausdruck, was damals nicht zu erreichen gewesen ist. Die Anträge 13, 17, 75, 76, 231 verlangen die Vornahme der Ababstimmung bei Lohnvereinbarungen. Dabei ist festzustellen, daß Nürnberg schon die Ababstimmung bei Tarifverordnungen vorgezogen hat, die Tarifverordnungen aber davon ausnahmte. Jetzt wird Ausdehnung der Ababstimmung auf alle Lohnvereinbarungen gefordert. Bei der letzten Ababstimmung der Lohnvereinbarungen ist das jedoch nicht möglich, wenn die Abschlüsse noch länger bestehen werden, dann gleich gar nicht. Es wird dann so viel Zeit für die Ababstimmung gebraucht, daß wir aus den Ababstimmungen nicht mehr herauskommen. Es würden aber auch sonst Mißbilligungen eintreten, da ja auch über den Ausgang der Ababstimmung nicht von vornherein Klarheit besteht. Der Vorstandsvorsitz kann also in der verlangten Weise nicht für die Erweiterung der Ababstimmung sich erklären. Bei zentralen Lohnabschlüssen ist eben die Ababstimmung nicht sinnvoll. Es ist auch der Gedanke ausgesprochen, es mit der Ababstimmung zu versuchen, um zu erfahren, wie die Meinung der Mitgliedschaft in Wirklichkeit ist. Aber das hat auch seine Bedenken. Der von Hamburg-Altona unternommene Versuch, die allgemeine Mitgliedschaft sich für ihren Ababstimmungsantrag erklären zu lassen, hat nur 21000 Mitglieder auf die Beine gebracht für Hamburg; in der Masse ist also das Verlangen nach der Ababstimmung für Lohnabschlüsse gar nicht so groß, wie es den Anschein hat. Weitere Anträge fordern die Ababstimmung bei Beitragserhöhungen. Die Gewerkschaften haben früher die Beiträge nur tropfenweise erhöht. Bei der letzten Gehaltswertung verlangte nun auch der DGB, von den Gewerkschaften, Beitrag und Lohn in Einklang zu bringen, damit die Organisationsaktivitäten erhalten werden. Unser Verband stand früher mit dem Beitrag an erster Stelle, jetzt befinden wir uns in der zweiten Hälfte der Organisationsleistungen. Wenn es nach den Leistungen des DGB, gehen soll — sie sind richtig —, dann erübrigt sich ja die Ababstimmung bei Beitragserhöhungen, denn dieselben werden nun automatisch vor sich gehen. Die Delegation zu den Gewerkschaftskongressen bei uns anders vorzunehmen, ist schon in Nürnberg 1920 ein Einfluß vorgenommen worden. Die Urwahl ist aber nicht durchgegangen. In Zukunft werden auf uns nur noch fünf Delegierte entfallen, wobei der Verbandsvorsitzende und ein Redakteur eingerechnet sind. Wegen drei Mann soll also eine Ababstimmung stattfinden? In Nürnberg ist aber infolgedessen eine Verbesserung geschaffen worden, als die großen mit den kleinen Gauen abwechseln sollten. Viele Richtlinien sollten wir weiterbestehen lassen, sie entsprechen der Notwendigkeit. Daß die Gauvorstände zur Delegation berufen sein sollen, ist nur richtig, denn sie können die auf den Gewerkschaftskongressen gesammelten Erfahrungen am besten verwerten. Die Anträge von Hamburg-Altona und Hannover bezwecken eine Erweiterung der Gauvorstandskongresse durch Singzugung eines berufsständigen Mitglieds, um dadurch dieselben eine Generalversammlung zu ersparen der hohen Kosten wegen, sie bedeuten aber in der Praxis Vergrößerung der Gauvorstandskongresse zu kleinen Generalversammlungen. Es wird also nicht angängig sein, diesen Anträgen zuzustimmen. Der Berliner Antrag Nr. 78 befaßt eine Erweiterung der Aufgaben und Rechte der Betriebs-

räte. Dagegen ist aber einzuwenden, daß diejenigen, die nicht aus dem Wahlrechte des Verbandes hervorgegangen sind, in den Gauvorständen nicht Sitz und Stimme erhalten können. Schließlich kommt noch das Verlangen, daß in allen Verbandsinstanzen Betriebsräte sich befinden müssen. Man soll doch die Betriebsräte nicht noch mehr belasten; die Bereitwilligkeit, das Amt eines Betriebsrats zu übernehmen, ist ohnehin nicht groß. Die Anträge zur Wahlordnung kommen aus verschiedener Richtung. Die Kosten einer Generalversammlung sind sehr immens. So daß die Frage, ob sie für alle zwei Jahre weiter stattfinden sollen, ernsthaft zu erwägen ist. Eine Generalversammlung, die jetzt etwa 150000 Mk. täglich kostet, muß aber auch arbeitsfähig bleiben und darf nicht durch Mißbrauch unnötig verlängert werden. Nach den vorliegenden Anträgen ist mit dem Entwurf einer Wahlordnung das Richtige getroffen. Ob noch eine Wahlkreisordnung innerhalb der Gause geschaffen werden soll, muß indes reiflich erwogen werden. Die Verhältniswahl, die auch gefordert wird, könnte den Richtungsstreit nur noch vergrößern. Da hierfür nicht nur die drei politischen Parteien in Betracht kommen, sondern durch besondere Verhältnisse in Bayern oder in Rheinland-Westfalen noch mehr Reichstagsparteien entstehen kann, auch die Kommunisten dazu beitragen könnten, so würde der Verband nach solchen Wahlen von der Verhältniswahl als Ruhestuhl. Von diesen Verhältniswahlen ist gewöhnlich worden, man solle ihnen doch das Wahlrecht im Verbandsrat einräumen. Der bisherige Modus wird von dem Verbandsvorstand als verbesserungsbedürftig anerkannt; er ist also bereit, dem Wünsche der Invaliden beizutreten. Graphischer Industrieverband, Einheitsstatut und Größtlicher Bund bilden ein größeres Thema für sich. Die Organisationsform der Gewerkschaften ist immer bestritten worden. Schon im Jahre 1868 hat der Allgemeine Arbeiterkongress in Berlin Industrielegierungsverbände gefordert, aber auch die Betriebsorganisationsform hat schon Anhänger; die Organisation auf der beruflichen Basis hat sich jedoch am meisten ausgebildet. Der erste Halberstädter Gewerkschaftskongress 1892 hat ebenfalls über den Industrieverband schon diskutiert, erklärte aber, wo die Verhältnisse entsprechend liegen, können Gruppen gebildet werden durch Unions und Kartelle. Der Gewerkschaftskongress 1914 in München ist für den Industrieverband mehr eingetreten. Die Entwicklung von der Berufsorganisationsform zum Industrieverband zeigt sich also unverkennbar, aber man hat sie bisher nicht durch Zwangsbeschlüsse forcieren wollen. Das sollte auch heute noch so sein. Der Leipziger Gewerkschaftskongress 1922 ist aber nun davon abgegangen mit seiner für den Industrieverband angenommenen Resolution. Es ist zweifellos, daß die Berufsorganisationsform das meiste an gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit geleistet hat. Auf der linken Seite mag das ja nicht solchen Wert haben. Es ist nicht nach jedermanns Geschmack, wenn sich das richtige Gewerkschaftsbewußtsein durchsetzt. Was war es doch 1919 um die Tagesparole: „Alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten!“ Damals war bei vielen die Meinung grobgezogen: die alten Gewerkschaften sind tot, der machtvolle Industrieverband, der alle Hand- und Kopfarbeiter umfaßt, ist dafür gekommen. Da muß man es auch den Männern danken, die jetzt schon tot sind, daß sie entschieden gegen solche destruktiven Tendenzen aufgetreten sind und die Gewerkschaften erhalten haben gegenüber dem Treiben der Gewerkschaftsgrößen. (Seitiger Widerspruch bei der kommunistischen Gruppe.) Den Betriebsräten eine gute Stellung für ihre Tätigkeit zu verschaffen, ist sehr notwendig. Der DGB hat ja Einrichtungen dafür getroffen. Mit den Gewerkschaften darf keine Experimentierpolitik getrieben werden. Daß der Industrieverband auch sonst auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, zeigt ja, daß die Angestelltenorganisationsform nicht mitmachen wollen. Die Frage, ob die beruflichen Fachverbände umzubauen sind, ob sie die Form der Betriebsorganisationsform oder des Industrieverbandes annehmen sollen, ob jeder Produktionszweig organisatorisch für sich bestehen soll, oder ob der Produktionsprozess vom Rohprodukt bis zum fertigen Fabrikat eine Organisationsform abgeben soll, das sind ganz schwierige Fragen. Soviel kann aber gesagt werden: Anorganisch gibt es keine

Entwicklung, für die Berufsorganisationsform ist immer noch starke Stimmung vorhanden. Der gewerkschaftliche Einheitsverband kann wohl eine neue Form schaffen und der kapitalistischen Konzentration entgegenwirken. Es ist aber nicht richtig, daß die Unternehmer einheitslicher organisiert sind, die Gewerkschaften haben vielmehr weit weniger Organisationen. Gerade im graphischen Gewerbe zeigt sich das eindrucksvoll, worfür Referent die Beweise einzeln anführt. Im Buchbindergewerbe ist auf Unternehmerteile mit dem Ayl- und dem Adak-Verband ein ähnliches Kartellverhältnis geschaffen, wie wir es im Graphischen Bunde besitzen. Wir müssen alles vom praktischen Standpunkt aus beurteilen. Sehen wir doch, daß z. B. im Bergbau, wo die Voraussetzungen zur völligen Vereinheitlichung am ehesten gegeben wären, es wohl kaum so weit kommen wird, alle Arbeiter, die das Zeichen passieren, im Bergarbeiterverband zu vereinen. Was müßte dann alles zu den Metallarbeitern heißen? Sogar unsere Schriftgießler. Und was alles zur papiererzeugenden und papierverarbeitenden Industrie? Darüber sollte recht ernsthaft nachgedacht werden. Die vertikale Organisationsform wird also undurchführbar sein. Der DGB hat ja eine Studienkommission eingesetzt gehabt, die lange Zeit gearbeitet und etwa zehn Gruppen befragt hat. Da hat sie denn festgestellt, daß vertikale Organisationsformen überhaupt nicht möglich sind, wenn es nicht nach Organisationsformen gehen sollte. Derzeit ist sogar erklärt worden, eher werde man aus dem DGB austreten, als sich die Organisation zurücknehmen zu lassen durch Experimente, die lieber nicht unternommen werden von den Gewerkschaften. Manche Organisationsformen, die als selbständige wohl entbehrlich werden könnten, wollen absolut nicht den Industrieverband. Wenn nun gar Ababstimmung über den Graphischen Industrieverband verlangt wird, so ist daran zu erinnern, welche schlechte Beteiligung Ababstimmungen in anderen Verbänden schon aufzuweisen hatten. Es ist bemerkenswert, daß der Metallarbeitervereinsvorsitzende Dörmann in der Kommission des Gewerkschaftskongresses selbst erklärt hat, im graphischen Gewerbe liegen die Voraussetzungen allerdings anders. Die schon erwähnte Studienkommission hat besunden, daß das graphische Gewerbe eine Ausnahmestellung einnimmt, daß keine Organisationsform am durchgebilligtesten sind, und daß man diese in ihrer freien Entwicklung nicht stören sollte. Die Buchbinder drängen aber zum Graphischen Industrieverband. Da muß Erwähnung finden, daß der Wiener Internationale Buchdruckerkongress 1921 nach einem verständnisvollen Referat des Kollegen Van der Wal einmütig ausgesprochen hat, was dem Velebenden auf Rechnung trägt, ohne dem Industrieverband den Weg zu verperren. Vor Nachüberprüfung wird gewarnt. Im Graphischen Bunde sind wir nun an die Schaffung eines Einheitsstatuts herangegangen; der Entwurf liegt jedem vor. Die Verfassung der Organisation und die Verschiedenheit der lokalen Einrichtungen bilden nicht unwesentliche Hindernisse. Unser Verband hat das föderative System noch in ausgeprägtem Maße; größere Selbständigkeit der Gause wie bei uns gibt es nicht. Die anderen Organisationen haben die vertikale Zentralisation; die Beamten werden sämtlich von der Zentrale angestellt usw. Die Generalversammlung müßte also auch genau prüfen, ob unser Statut und die dazu vorliegenden Anträge dem zentralistischen System angepaßt werden können. Ein Schlagwort ist in die allgemeine Erörterung über den Industrieverband hineingetragen worden, indem gesagt wird, es besteht eine Verengung von Kräften durch die vierfache Verwaltung im graphischen Gewerbe. Tatsache ist, daß in unserm Verbands sehr viel Organisationsarbeit nebenamtlich verrichtet wird. Man denke nur an die angestrengte Tätigkeit der vielen Bezirksleiter in unserm Verbands. Im Industrieverband wird das aber von Angestellten verrichtet werden, es würden also künftig nicht weniger, sondern mehr Beamte notwendig sein. In den Unterliegensrichtungen bestehen so weitgehende Verschiedenheiten, daß eine Einheitslichkeit noch gar nicht herbeigeführt werden kann. Der Antrag Nr. 23 von Düsseldorf verlangt gar, daß der Graphische Industrieverband schon am 1. Januar 1923 ins Leben treten, daß eine Vermögensaufteilung stattfinden soll durch Festsetzung eines Kapitalbeitrags, während der Rest des Vermögens für

außergewöhnliche Fälle in Liquidation zu stellen ist usw. In Düsseldorf hat man den Antrag wohl nicht richtig durchdacht und auf seine Durchführbarkeit nicht geprüft. Macht man danach die Probe aufs Exempel, so ergibt sich, daß die Buchdrucker nach dem Antrage Düsseldorf mehr Vermögen in Liquidation behalten würden, als der neue graphische Industrieverband an Stammsfonds besitzen wird. Weiter ist zu bedenken, daß der Buchdruckerverband keine weiblichen Mitglieder hat, während sie in der Buchbinderorganisation die große Mehrzahl bilden. Der sachliche Gemeinwohlstand ist bei den Buchdruckern so stark vorhanden, wie das in Industrieverbänden gar nicht sein kann. Von Berufsdanke der Buchdrucker zu reden als einem Hindernisse für den Industrieverband ist ganz falsch. Der gute gewerkschaftliche Geist, der Idealismus, der in der beruflichen Fortbildung steht, das kommt alles der Organisation zugute. Die Buchbinder haben auf ihrem Verbandstage nicht gerade glänzend operiert, als sie den Antrag der Frankfurter Buchdrucker aufriefen. Damit kann die Sache auf Jahre hinaus zum Stillstande kommen, denn der Frankfurter Antrag treibt nicht vorwärts, sondern wirkt hemmend. Er verlangt unverzügliche Vornahme der Arbeitsabstimmung, um festzustellen, ob die Mitgliedschaft der einzelnen Verbände im Prinzip für den Zusammenschluß ist. Wenn nun dabei in zwei Verbänden sich Ablehnung ergibt, dann ist doch einstweilen die Frage des graphischen Industrieverbandes erledigt. Im Graphischen Bunde wird aber der organischen Entwicklung gut vorgebehalten. Das Zusammenarbeiten der Verbände im Graphischen Bunde kann sogar vorbildlich genannt werden. Die Kommission, die sich hier näher mit den Anträgen auf Abänderung unseres Verbandsstatuts zu befassen haben wird, hat auch zu prüfen, ob unsere Organisation ihren Idealitäten Charakter behalten soll. Die Arbeit des Graphischen Bundes muß weiter gefördert werden, auch bei Kämpfen wird sich keine Mühseligkeit erweisen. (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Selbst bemerkt, daß nach den schon vorliegenden Wortmeldungen (17) wohl eine große Diskussion zu erwarten steht. Was sollte jedoch vermeldet werden, in einer Sammlungsberatung ist doch das Hauptgeschäft zu erledigen. Ein Antrag Klein (Stuttgart) verlangt Beschränkung der Redezeit auf zehn Minuten. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Selbst fragt, was denn eigentlich in zehn Minuten gesprochen werden kann. Wenn man so wie Krauß über den Industrieverband spricht, dann ist es richtiger, sich ohne Umschweife als Gegner zu bekennen. Die Gewerkschaftsführer haben Mannesorganisationsformen geschaffen, sie wollen sie aber nicht auszuwerten für die Macht des Profetariats. Wenn 1919 das Rätesystem mehr gefördert worden wäre, dann ständen wir heute vielleicht anders da. Mit der Arbeitsabstimmung muß es dennoch gehen. Die Kommunisten sind nicht gegen die Verhältniswahl, sie sind für unbeschränkte Demokratie in den Gewerkschaften. Die Arbeitsabstimmung ist im Interesse der Arbeiter erforderlich. Wenn auch unsere Vertreter bei Verhandlungen mit dem Unternehmer vor Bestes hergehen, so dürfen wir ihnen doch keine Blankoollmacht für alles erteilen; wir wollen ihnen die Verantwortung ja erleichtern. Obwohl die Kosten einer Generalversammlung sehr hoch sind, so darf dennoch nicht eine Verlängerung der Sitzungszeit eintreten. Für das Unterfütterswesen dürfen Beitragsenthebungen nicht vorgenommen werden, sie haben lediglich zur Erhöhung der Stammsätze der Organisation zu dienen.

Singer: Der letzte Modus für die Entsendung unserer Delegierten zu Gewerkschaftskongressen kann nicht beibehalten werden. Trotz aller eingetragenen Umstellungen treiben die Gewerkschaften noch im alten Fahrwasser, durch die Arbeitsgemeinschaften sind sie sogar noch weniger selbständig geworden. Krauß hat falsch geschlußfolgert. Die Unternehmer können zehn oder fünfzehn ihrer Organisationen auszeichnen, je nach dem Umfange der von ihnen gepflegten Produktionszweige, der Arbeiter kann aber nur einer Gewerkschaft angehörend. Bei der vertikalen Organisationsform ergeben sich gewiß Bedenken, wir wollen ja auch nur die Zusammenführung der bestehenden graphischen Organisationen; Buchhandel und Buchdruck wollen wir z. B. getrennt halten. Es darf nicht doch nach den Wünschen der Führer gehen. Die Masse denkt anders, sie will gehört werden. Vom Graphischen Bunde hat er keine hohe Meinung.

Singer: Wenn man eine Sache so aufstellt wie Krauß, dann wird nichts daraus. Die Gewerkschaften dürfen nicht bloß als Lohnmachinerie angesehen werden; sie sind doch auch da, um die Sozialisierung zu fördern. Bei den Metallarbeitern liegen die Organisationsverhältnisse anders, es gibt dort viele weibliche Beschäftigte. Deshalb ist bei den Buchdruckern mit ihrer hohen Organisationsstärke ein ganz anderer Maßstab anzulegen. Daß die Hilfsarbeiter in den Buchdruckertarif hineingekommen sind, ist ein Fortschritt auf dem Wege zum Industrieverbande. Wenn der graphischen Arbeiterklub immer nur dessen Schwierigkeiten geschildert werden, dann vergrößert sich das Verständnis für ihn nicht. Sinnes und Willens werden ihn schon noch wirksam fördern.

Solte beginnt und schließt mit einem Satz aus Obens Brand. Im Jahre 1918 ist mit der Schaffung der Zentralarbeitsgemeinschaft die Willensenergie des arbeitenden Volkes auch aufgelaufen worden. Bei der Zusammenarbeit mit Vertretern des Großkapitalismus hemmt nichts heraus. Die Betriebsräte sind wohl im Werke verankert, sie sind aber doch eine lässliche Sache. Es ist erfreulich, daß unser Verband noch föderativen Aufbau hat, das mühte nur noch in stärkerer Maße der Fall sein. Wenn man nicht im Prinzip für den Industrieverband ist, dann soll auch nicht noch Form und Wege für ihn gesucht werden. Man soll getrost in unserem Verband eine

Arbeitsabstimmung über den graphischen Industrieverband vornehmen, dann kommt wenigstens Arbeit. Auch die Arbeitsabstimmung bei Lohnverbänden ist zu empfehlen. Das Schwerkriegel liegt in der Erziehung der Mitglieder. Die bestehende konteraktive Einstellung hat sich auch an den Ausführungen von Krauß gezeigt. Freiheit, Arbeit und Solidarität, diese drei Faktoren führen zum wirtschaftlichen Aufbau.

Mahlo: Durch die Anträge stellt sich wie ein roter Faden das Verlangen nach mehr Arbeitsabstimmungsrecht. Wenn im öffentlichen Leben jetzt Arbeit und Arbeitsabstimmung üblich geworden sind, dann sollte das in unserem Verband erst recht sein. Die Kosten für die alle vier Wochen stattfindenden Lohnverhandlungen sind nicht so notwendig wie die für eine Generalversammlung. Redner kritisiert das im Berliner Gau geltende Wahlsystem. Die Zahl der Delegierten zu unseren Generalversammlungen herabzusetzen ist gleichbedeutend mit ihrer Umwandlung in eine erweiterte Gewerkschaftskongressen. Wenn man auch sonst gegen das Unterfütterswesen sein kann und die soziale Verpflichtung des Staates anerkennen muß, so hat der Verband unsere Arbeitsabstimmung doch mehr zu helfen, weil sie am schmerzhaftesten daran sind. Gegenüber Krauß meint er, daß doch ein anderer Modus für unsere Delegierten zu den Gewerkschaftskongressen gefunden werden muß, da sonst Gause lange Zeit nicht zur Delegation kommen. Magdeburg ist jetzt bei der Generalversammlungswahl ganz ausgefallen, bei der Verhältniswahl konnte das nicht eintreten. (Widerpruch.)

Selbst wendet sich dagegen, daß die Kosten der Lohnverhandlungen zu hoch sein sollen, während die für die Generalversammlungen eine nützlichere Ausgabe darstellen. Berücksichtigt man, daß die Lohnverhandlungen der letzten Jahre allein der Gewerkschaft 600 Mill. Mk. Mehrlohn eingebracht haben, so erscheinen die aufgewendeten Kosten dagegen minimal.

Siedler (Berlin): Die Generalversammlungen dürfen keinen längeren Zwischenraum als zwei Jahre haben; der Kostenpunkt darf nicht ausschlaggebend sein. Die prinzipiellen Streitigkeiten in der Arbeiterkategorie gehen doch wohl ihrem Ende zu. Die Verhältniswahl kann dabei nicht zu den gebürtigen Befürchtungen führen. Die Gause dürfen nicht noch in Wahlbezirke eingeteilt werden. Die Berliner Bezirksversammlungen waren in dieser Beziehung. Der Sekretär Prillnow vom Graphischen Bunde mag die besten Vorschläge haben, bei den Organisationsleistungen wird er manche Schwierigkeiten finden; die Zusammenarbeit im Graphischen Bunde erscheint ihm überhaupt nicht so gut zu sein. Ein Streitfall in Berlin, den Redner näher schildert, spricht auch dafür. Der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses in bezug auf den Industrieverband drückt eine Verpflichtung aus; es muß also der Sache nur größere Aufmerksamkeit von uns zugewendet werden.

Bel: Gemäß sollen die Mitglieder soweit als möglich mitbestimmen, bei dem Tempo der Lohnbewegungen. Ich ist aber die Arbeitsabstimmung nicht denkbar. Bei den Generalversammlungen muß es bei den zwei Jahren bleiben, es spricht sich sonst zu viel auf. Eine Verringerung der Delegiertenzahl ist aber notwendig, denn die Reden werden nicht besser, je mehr Delegierte vorhanden sind. Mit der Verhältniswahl hört sich das ja schön an, aber in der Praxis kommt es anders, da spielt der politische Standpunkt hauptsächlich mit. Wir können nur solche Vertreter gebrauchen, die auf Grund eigener Einstellung urteilen; anderes darf es nicht geben. In bezug des graphischen Industrieverbandes kann man das Stillehalten zitiert auch so anwenden: Weil ihr's nicht kennt, lei's euch vergeben. (Seltener Beifall.) Wer auf dem Lohngebiete vom graphischen Industrieverband etwas erwartet, der soll sich den Zahn nur abheben lassen. Die Verhandlungen würden noch schwieriger werden, es würde weniger herausbringen, und für die Sparten wäre es aus mit der Erlangung besonderer Vorteile. Der graphische Industrieverband kann nur eine bessere wirtschaftliche Zusammenfassung bringen. Der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses steht einstweilen auf dem Papier. Wenn er aber zur Durchführung gebracht werden soll, dann wird man etwas erleben. Der Berufsgedanke verdrängt sich zu großer autoritärer Kraft. Vor einer Arbeitsabstimmung über den graphischen Industrieverband kann nur dringend gewarnt werden. Organisch sollen sich die Dinge entwickeln. Keine Gewaltmaßnahmen, sonst kommt das Gegenteil heraus.

Mariens: Selbst hat recht, unser Verband ist am meisten auf dem Föderalismus aufgebaut. Wo anders diktiert die Vorstände bei Beamtenstellungen, die Mitglieder haben nichts mitzureden. Das Maximum an Mitbestimmungsrecht ist aber bei uns doch nicht erreicht. Arbeitsabstimmung bei allen Lohnverhandlungen ist nicht notwendig. Hamburg verlangt auch nur von Zeit zu Zeit Vornahme der Arbeitsabstimmung. Es läßt sich ein richtiger Zeitpunkt dafür finden; innerhalb einer Woche kann die Arbeitsabstimmung durchgeführt sein. Die Gewerkschaftskongressen müssen in zeitgemäßer Weise ausgebaut werden. Wenn Hamburg die Singulierung je eines berufstätigen Kollegen verlangt, so braucht dadurch keine wesentliche Vertiefung der Gewerkschaftskongressen einzutreten, die sich auch mit sozialen Fragen und Gesetzesvorlagen beschäftigen müßten. Zu den Gewerkschaftskongressen muß Arbeit einschleppen, sie würden sonst nur von Führern beherrscht sein. Für die gute Redigierung des Graphischen Bundes durch Prillnow kann er nur Anerkennung aussprechen; er ist besser als die Betriebsrätezeitung des ADGB.

Schöpp: Der graphische Industrieverband wird keinen Fortschritt in Reformfragen bringen, er will nur die Zusammenfassung der graphischen Arbeiterkategorie. Es wird aber der Zeit bedürfen, um zu einer Eingliederung der Verhältniswahl zu kommen. Inwiefern Gause sollen das Selbstbestimmungsrecht für Wahlen und Anstellungen behalten. Die Gewerkschaften sollen mit beratender Stimme zu den

Generalversammlungen herangezogen werden, zu entbehren sind sie da auf keinen Fall. Die Kommunisten wollen nichts wissen von den Unterfüttersleistungen und verweisen auf den Staat. Der aber ist noch nicht so weit, beiseite einzutreten, und deshalb liegt das noch den Gewerkschaften ob. Unter untern Kollegen ändern sich die Ansichten über das Unterfütterswesen manchmal schnell, je nachdem ein Votum für den Befriedenden eintritt.

Siedler erklärt bezüglich der Gewerkschaftskongresswahl, daß das, was in anderen Organisationen möglich ist, auch bei uns gehen kann. Die Arbeitsabstimmung ist zweifellos, das gilt auch von der für die Beitragsverbänderung. Gegen die Wahlordnung kann man Bedenken haben. Für die Generalversammlungen ist der jetzige Zeitraum beizubehalten. Die Delegiertenzahl kann aber verringert werden. Die Gausearbeiter sollten sich mit der beratenden Stimme begnügen. Die Betriebsräte haben sich nicht mit Lohnfragen zu befassen, sie sollen vielmehr die sozialistische Wirtschaftsform fördern helfen. Unter Unterfütterswesen bildet einen Hemmschuh für den graphischen Industrieverband. Bei ähnlichen Streiks ist die Streikbruchgrenze schwer zu finden. Die Hilfsarbeiter haben ihnen bei ihrem Streik Schwierigkeiten bereitet. Für die Verwallung der Organisation sind jetzt Summen notwendig, die bei dem Zusammenfluß gewiß sich verringern würden. Der Graphische Bund ist noch ein totes Kind.

Verteil hat das Gefühl, daß alle Fragen hier vom größtmöglichen Gesichtspunkt aus beurteilt werden. Das aber ist nicht richtig. (Zustimmung.) Die Kollegen draußen im Lande leben meistens ja nur handwerksmäßige Betriebe um sich. Man darf ihnen nicht vormachen, daß alles besser sein würde, wenn der graphische Industrieverband einmal da ist. Es ist doch unzulässig, den graphischen Industrieverband als Rettung auszuspielen, wenn ein Lohnabkommen unbefriedigend ausgefallen ist. Die Kollegen mit Berufssolidarität werden schließlich noch abgestochen, wenn ihnen solche Dinge weisgemacht werden. Der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses in Sachen des Industrieverbandes ist nicht zwangsläufig, wie Siedler meint. Man soll hier nicht mit gebundenem Mandat herkommen, wie es bei den Kommunisten schon durch ihre Fraktionsbildung der Fall ist; jeder soll hier aus Rede und Gegenrede sich erst das Urteil bilden. Bei Lohnabkommen ist die Arbeitsabstimmung nicht zu empfehlen; im Gau Erzgebirge-Bohland hat sich eine Vorstandskongressen schon dagegen erklärt. Mit dem Beiräte sind anderswo Erfahrungen gemacht, daß man wieder davon abkommt, z. B. im Zimmererverbände. Die Delegiertenzahl zu den Generalversammlungen kann verringert werden. Die Gewerkschaften sind dann nur mit beratender Stimme auszulassen.

Es ist nun ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen. Heinrich spricht dafür, weil ja doch nichts Neues mehr vorgebracht werden kann, und noch so viele Punkte zu erledigen sind. Freitag wendet sich dagegen: Treiben auch die Kollegen der Opposition, so ist die Generalversammlung in ihrer Zeit beschränkt, machen sie es infolge ihrer Unselbständigkeit — um nicht einen andern Ausbruch zu gebrauchen — auch bei diesem Punkte wieder unmöglich, einen großen Teil der Provinzpaus zu Worte kommen zu lassen. Deshalb ersucht er, den Antrag auf Schluß der Debatte abzulehnen.

Die erste Abstimmung bleibt zweifelhaft, die zweite ergibt 56 Stimmen für Fortführung der Debatte, 66 aber für Schluß. Die Debatte ist also geschlossen. Die Vertreter der graphischen Verbände, des Graphischen Bundes und des ADGB, sollen noch besonders das Wort erhalten.

Sardor (Buchbinderverband) erklärt, die Rede von Krauß habe ihm geklungen wie ein Totenglocklein auf dem graphischen Industrieverband. Die Arbeit des Graphischen Bundes erkennt er durchaus an, aber er hat nichts desto weniger den Wunsch, ihn recht bald durch den graphischen Industrieverband abgelöst zu sehen. Einseitliche Direktiven für die Lohnverhandlungen müssen mit ihm kommen. Die Lohnpolitik soll gar nicht die Hauptaufgabe des graphischen Industrieverbandes sein. Der größere Zusammenfluß auf Arbeiterseite wird aber doch der Unternehmlichkeit mehr Respekt beibringen. Mit Zwang kann das neue Gebilde allerdings nicht geschaffen werden. Der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses ist in gewissem Sinne zwangsläufig. Die liberalen Verhältnisse des Buchdruckerverbandes könnten leicht nicht übernommen werden. Man soll doch eine Sache wie den Industrieverband nicht so dilatorisch behandeln, ohne Opfer wird es bei keiner Organisation geben. Die Buchbinder haben nur den dritten oder vierten Teil des Vermögens der Buchdrucker, weil bei den Buchbindern die weiblichen Mitglieder weit überwiegen. Das darf aber nicht ausschlaggebend sein. Die ArbeiterSolidarität muß vortreten. Der letzte Buchbinderverbandstag hat eine ausgearbeitete eigene Antriebsleistung als erledigt betrachtet, da der Antrag des Bezirksvereins Frankfurt a. M., der hier vorliegt, so weitgehend wie nur denkbar ist. Der graphische Industrieverband wird ja nicht von einem Tage aus an dem kommen. Finanziell steht jede graphische Organisation sehr so, daß sie selbständig bleiben könnte. Eine Arbeitsabstimmung bei den Buchdruckern dürfte doch wohl anders ausfallen, und wenn nicht, dann ist Klarheit geschaffen, daß die Berufsorganisation noch beizubehalten ist. Im Graphischen Bunde würden dann die Buchbinder ja weiter mitarbeiten, aber ein bilieres Gefühl würde doch dabei sein.

Sardor (Buchbinderverband) erklärt, die Rede von Krauß habe ihm geklungen wie ein Totenglocklein auf dem graphischen Industrieverband. Die Arbeit des Graphischen Bundes erkennt er durchaus an, aber er hat nichts desto weniger den Wunsch, ihn recht bald durch den graphischen Industrieverband abgelöst zu sehen. Einseitliche Direktiven für die Lohnverhandlungen müssen mit ihm kommen. Die Lohnpolitik soll gar nicht die Hauptaufgabe des graphischen Industrieverbandes sein. Der größere Zusammenfluß auf Arbeiterseite wird aber doch der Unternehmlichkeit mehr Respekt beibringen. Mit Zwang kann das neue Gebilde allerdings nicht geschaffen werden. Der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses ist in gewissem Sinne zwangsläufig. Die liberalen Verhältnisse des Buchdruckerverbandes könnten leicht nicht übernommen werden. Man soll doch eine Sache wie den Industrieverband nicht so dilatorisch behandeln, ohne Opfer wird es bei keiner Organisation geben. Die Buchbinder haben nur den dritten oder vierten Teil des Vermögens der Buchdrucker, weil bei den Buchbindern die weiblichen Mitglieder weit überwiegen. Das darf aber nicht ausschlaggebend sein. Die ArbeiterSolidarität muß vortreten. Der letzte Buchbinderverbandstag hat eine ausgearbeitete eigene Antriebsleistung als erledigt betrachtet, da der Antrag des Bezirksvereins Frankfurt a. M., der hier vorliegt, so weitgehend wie nur denkbar ist. Der graphische Industrieverband wird ja nicht von einem Tage aus an dem kommen. Finanziell steht jede graphische Organisation sehr so, daß sie selbständig bleiben könnte. Eine Arbeitsabstimmung bei den Buchdruckern dürfte doch wohl anders ausfallen, und wenn nicht, dann ist Klarheit geschaffen, daß die Berufsorganisation noch beizubehalten ist. Im Graphischen Bunde würden dann die Buchbinder ja weiter mitarbeiten, aber ein bilieres Gefühl würde doch dabei sein.

Sardor (Buchbinderverband) erklärt, die Rede von Krauß habe ihm geklungen wie ein Totenglocklein auf dem graphischen Industrieverband. Die Arbeit des Graphischen Bundes erkennt er durchaus an, aber er hat nichts desto weniger den Wunsch, ihn recht bald durch den graphischen Industrieverband abgelöst zu sehen. Einseitliche Direktiven für die Lohnverhandlungen müssen mit ihm kommen. Die Lohnpolitik soll gar nicht die Hauptaufgabe des graphischen Industrieverbandes sein. Der größere Zusammenfluß auf Arbeiterseite wird aber doch der Unternehmlichkeit mehr Respekt beibringen. Mit Zwang kann das neue Gebilde allerdings nicht geschaffen werden. Der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses ist in gewissem Sinne zwangsläufig. Die liberalen Verhältnisse des Buchdruckerverbandes könnten leicht nicht übernommen werden. Man soll doch eine Sache wie den Industrieverband nicht so dilatorisch behandeln, ohne Opfer wird es bei keiner Organisation geben. Die Buchbinder haben nur den dritten oder vierten Teil des Vermögens der Buchdrucker, weil bei den Buchbindern die weiblichen Mitglieder weit überwiegen. Das darf aber nicht ausschlaggebend sein. Die ArbeiterSolidarität muß vortreten. Der letzte Buchbinderverbandstag hat eine ausgearbeitete eigene Antriebsleistung als erledigt betrachtet, da der Antrag des Bezirksvereins Frankfurt a. M., der hier vorliegt, so weitgehend wie nur denkbar ist. Der graphische Industrieverband wird ja nicht von einem Tage aus an dem kommen. Finanziell steht jede graphische Organisation sehr so, daß sie selbständig bleiben könnte. Eine Arbeitsabstimmung bei den Buchdruckern dürfte doch wohl anders ausfallen, und wenn nicht, dann ist Klarheit geschaffen, daß die Berufsorganisation noch beizubehalten ist. Im Graphischen Bunde würden dann die Buchbinder ja weiter mitarbeiten, aber ein bilieres Gefühl würde doch dabei sein.

Sardor (Buchbinderverband) erklärt, die Rede von Krauß habe ihm geklungen wie ein Totenglocklein auf dem graphischen Industrieverband. Die Arbeit des Graphischen Bundes erkennt er durchaus an, aber er hat nichts desto weniger den Wunsch, ihn recht bald durch den graphischen Industrieverband abgelöst zu sehen. Einseitliche Direktiven für die Lohnverhandlungen müssen mit ihm kommen. Die Lohnpolitik soll gar nicht die Hauptaufgabe des graphischen Industrieverbandes sein. Der größere Zusammenfluß auf Arbeiterseite wird aber doch der Unternehmlichkeit mehr Respekt beibringen. Mit Zwang kann das neue Gebilde allerdings nicht geschaffen werden. Der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses ist in gewissem Sinne zwangsläufig. Die liberalen Verhältnisse des Buchdruckerverbandes könnten leicht nicht übernommen werden. Man soll doch eine Sache wie den Industrieverband nicht so dilatorisch behandeln, ohne Opfer wird es bei keiner Organisation geben. Die Buchbinder haben nur den dritten oder vierten Teil des Vermögens der Buchdrucker, weil bei den Buchbindern die weiblichen Mitglieder weit überwiegen. Das darf aber nicht ausschlaggebend sein. Die ArbeiterSolidarität muß vortreten. Der letzte Buchbinderverbandstag hat eine ausgearbeitete eigene Antriebsleistung als erledigt betrachtet, da der Antrag des Bezirksvereins Frankfurt a. M., der hier vorliegt, so weitgehend wie nur denkbar ist. Der graphische Industrieverband wird ja nicht von einem Tage aus an dem kommen. Finanziell steht jede graphische Organisation sehr so, daß sie selbständig bleiben könnte. Eine Arbeitsabstimmung bei den Buchdruckern dürfte doch wohl anders ausfallen, und wenn nicht, dann ist Klarheit geschaffen, daß die Berufsorganisation noch beizubehalten ist. Im Graphischen Bunde würden dann die Buchbinder ja weiter mitarbeiten, aber ein bilieres Gefühl würde doch dabei sein.

Sardor (Buchbinderverband) erklärt, die Rede von Krauß habe ihm geklungen wie ein Totenglocklein auf dem graphischen Industrieverband. Die Arbeit des Graphischen Bundes erkennt er durchaus an, aber er hat nichts desto weniger den Wunsch, ihn recht bald durch den graphischen Industrieverband abgelöst zu sehen. Einseitliche Direktiven für die Lohnverhandlungen müssen mit ihm kommen. Die Lohnpolitik soll gar nicht die Hauptaufgabe des graphischen Industrieverbandes sein. Der größere Zusammenfluß auf Arbeiterseite wird aber doch der Unternehmlichkeit mehr Respekt beibringen. Mit Zwang kann das neue Gebilde allerdings nicht geschaffen werden. Der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses ist in gewissem Sinne zwangsläufig. Die liberalen Verhältnisse des Buchdruckerverbandes könnten leicht nicht übernommen werden. Man soll doch eine Sache wie den Industrieverband nicht so dilatorisch behandeln, ohne Opfer wird es bei keiner Organisation geben. Die Buchbinder haben nur den dritten oder vierten Teil des Vermögens der Buchdrucker, weil bei den Buchbindern die weiblichen Mitglieder weit überwiegen. Das darf aber nicht ausschlaggebend sein. Die ArbeiterSolidarität muß vortreten. Der letzte Buchbinderverbandstag hat eine ausgearbeitete eigene Antriebsleistung als erledigt betrachtet, da der Antrag des Bezirksvereins Frankfurt a. M., der hier vorliegt, so weitgehend wie nur denkbar ist. Der graphische Industrieverband wird ja nicht von einem Tage aus an dem kommen. Finanziell steht jede graphische Organisation sehr so, daß sie selbständig bleiben könnte. Eine Arbeitsabstimmung bei den Buchdruckern dürfte doch wohl anders ausfallen, und wenn nicht, dann ist Klarheit geschaffen, daß die Berufsorganisation noch beizubehalten ist. Im Graphischen Bunde würden dann die Buchbinder ja weiter mitarbeiten, aber ein bilieres Gefühl würde doch dabei sein.

Sardor (Buchbinderverband) erklärt, die Rede von Krauß habe ihm geklungen wie ein Totenglocklein auf dem graphischen Industrieverband. Die Arbeit des Graphischen Bundes erkennt er durchaus an, aber er hat nichts desto weniger den Wunsch, ihn recht bald durch den graphischen Industrieverband abgelöst zu sehen. Einseitliche Direktiven für die Lohnverhandlungen müssen mit ihm kommen. Die Lohnpolitik soll gar nicht die Hauptaufgabe des graphischen Industrieverbandes sein. Der größere Zusammenfluß auf Arbeiterseite wird aber doch der Unternehmlichkeit mehr Respekt beibringen. Mit Zwang kann das neue Gebilde allerdings nicht geschaffen werden. Der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses ist in gewissem Sinne zwangsläufig. Die liberalen Verhältnisse des Buchdruckerverbandes könnten leicht nicht übernommen werden. Man soll doch eine Sache wie den Industrieverband nicht so dilatorisch behandeln, ohne Opfer wird es bei keiner Organisation geben. Die Buchbinder haben nur den dritten oder vierten Teil des Vermögens der Buchdrucker, weil bei den Buchbindern die weiblichen Mitglieder weit überwiegen. Das darf aber nicht ausschlaggebend sein. Die ArbeiterSolidarität muß vortreten. Der letzte Buchbinderverbandstag hat eine ausgearbeitete eigene Antriebsleistung als erledigt betrachtet, da der Antrag des Bezirksvereins Frankfurt a. M., der hier vorliegt, so weitgehend wie nur denkbar ist. Der graphische Industrieverband wird ja nicht von einem Tage aus an dem kommen. Finanziell steht jede graphische Organisation sehr so, daß sie selbständig bleiben könnte. Eine Arbeitsabstimmung bei den Buchdruckern dürfte doch wohl anders ausfallen, und wenn nicht, dann ist Klarheit geschaffen, daß die Berufsorganisation noch beizubehalten ist. Im Graphischen Bunde würden dann die Buchbinder ja weiter mitarbeiten, aber ein bilieres Gefühl würde doch dabei sein.

Sardor (Buchbinderverband) erklärt, die Rede von Krauß habe ihm geklungen wie ein Totenglocklein auf dem graphischen Industrieverband. Die Arbeit des Graphischen Bundes erkennt er durchaus an, aber er hat nichts desto weniger den Wunsch, ihn recht bald durch den graphischen Industrieverband abgelöst zu sehen. Einseitliche Direktiven für die Lohnverhandlungen müssen mit ihm kommen. Die Lohnpolitik soll gar nicht die Hauptaufgabe des graphischen Industrieverbandes sein. Der größere Zusammenfluß auf Arbeiterseite wird aber doch der Unternehmlichkeit mehr Respekt beibringen. Mit Zwang kann das neue Gebilde allerdings nicht geschaffen werden. Der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses ist in gewissem Sinne zwangsläufig. Die liberalen Verhältnisse des Buchdruckerverbandes könnten leicht nicht übernommen werden. Man soll doch eine Sache wie den Industrieverband nicht so dilatorisch behandeln, ohne Opfer wird es bei keiner Organisation geben. Die Buchbinder haben nur den dritten oder vierten Teil des Vermögens der Buchdrucker, weil bei den Buchbindern die weiblichen Mitglieder weit überwiegen. Das darf aber nicht ausschlaggebend sein. Die ArbeiterSolidarität muß vortreten. Der letzte Buchbinderverbandstag hat eine ausgearbeitete eigene Antriebsleistung als erledigt betrachtet, da der Antrag des Bezirksvereins Frankfurt a. M., der hier vorliegt, so weitgehend wie nur denkbar ist. Der graphische Industrieverband wird ja nicht von einem Tage aus an dem kommen. Finanziell steht jede graphische Organisation sehr so, daß sie selbständig bleiben könnte. Eine Arbeitsabstimmung bei den Buchdruckern dürfte doch wohl anders ausfallen, und wenn nicht, dann ist Klarheit geschaffen, daß die Berufsorganisation noch beizubehalten ist. Im Graphischen Bunde würden dann die Buchbinder ja weiter mitarbeiten, aber ein bilieres Gefühl würde doch dabei sein.

Organisations am besten und diszipliniertesten sind. Solche Autonomie ist bei längerem Verbands gar nicht möglich. Wenn sollte diese Autonomie noch verfrüht haben will, dann würde das der Tod für den Industrieverbandsgedanken sein. Wir werden, wenn der graphische Industrieverband geschaffen wird, die vier Organisations als Hauptgruppen nach lange nebeneinander geben lassen. Wir haben seit 1919 die Zentralisation (Straß) durchgeführt. Mit den Sportförderungen ist Schluss gemacht. Im nächsten Jahre werden bei uns nur noch drei Reichsstärke bestehen. Der Montellarif ist schon im Prinzip da. In der Lohnfrage wird es niemals unter dem Industrieverbande zu einer Einheitsfront kommen, weil die Produktionsverhältnisse zu verschieden sind. Wenn kein Verband als Berufsorganisation auch weiter bestehen kann, so läßt der große Gedanke des Industrieverbandes ihn doch dafür einstreifen. Die Schwierigkeiten, die auf dem Wege liegen, müssen überwunden werden.

Zuher (Hilfsarbeiterverband) kann heute nur noch mehr unterstreichen, was er in Nürnberg in dieser Frage schon gesagt hat. Von den Schwierigkeiten, die damals angeführt wurden, ist ein großer Teil jetzt noch nicht überwunden. Die letzte Generalversammlung seiner Organisation hat sich aber doch für den graphischen Industrieverband ausgesprochen; sie wollen kein Hindernis bilden. Man soll nicht denken, daß immer der Kampf auf der ganzen Front das Richtige ist, man kann die Unternehmer auch anders anlassen. Der graphische Industrieverband ist kein Mittel. Im Graphischen Bund ist aber gut gearbeitet worden, wenn auch bei den graphischen Starzellen manches zu wünschen übrig bleibt.

Brillow (Ehrentät des Graphischen Bundes) gibt an, daß auf dem Wege zum graphischen Industrieverbande Schwierigkeiten liegen. Diese zu beseitigen, darauf ist seine Tätigkeit mit eingestell. Es ist mir eine Freude, das Bundesorgan hier mit Anerkennung erwähnt zu hören. Die Tätigkeit des Graphischen Bundes macht sich öffentlich nicht so erkennbar. Mit den graphischen Starzellen steht es dagegen nicht immer günstig; nicht wenige sind sogar unfähig. Politisches zu schaffen, wird auch ferner mein Bemühen sein.

Grahmann (Vertreter des ADGB): Der Bundesvorstand und er haben ihre eigene Meinung zum Industrieverband. Im graphischen Gewerbe kennt man ja die Organisationsverhältnisse nicht, auf die so außerordentlich viel Kraft verbracht werden muß, welche aber unter dem Industrieverbande keineswegs ausbleiben. Redner erläutert darauf ein Beispiel, wie oft jemand unter Umständen die Organisation wechseln muß, wenn der Industrieverband dominiert. (Die kommunistische Gruppe protestiert gegen diese drastische Schilderung, worauf Referent schlagfertig reagiert.) Leider hat der Leipziger Gewerkschaftskongress die Forderungen des Bundesvorstandes in der Frage des Industrieverbandes nicht angenommen. Es ist ein falscher Glaube, wenn große Massenaktionen als Inbegriff des Industrieverbandes angesehen werden. Auch andere Vorstellungen über den Industrieverband. Der nötige seelische Antrieb der Arbeiter ist nicht mit dem Industrieverbande zu erreichen. Einheitslicher Lohn ist nur in einer anderen Gesellschaftsform denkbar. Qualitätsarbeit und Lohngleichheit, das ist nicht möglich. Der Leipziger Gewerkschaftskongress hat die Arbeit der von Krauß schon erwähnten Studienkommission über den Industrieverband nicht anerkannt, vielmehr ein Diktum in dieser Frage ausgesprochen. An sachtechnischer Fortbildung kann der Industrieverband gar nichts bieten. Die Erwartung von Krauß, daß in diesem Punkte der Industrieverband nützen wird, kann nur leugnen. Wenn der Bundesvorstand und er schon als Zünftler verurteilt werden, so erklärt er demgegenüber, daß sie vor allem den Zwang vermeiden. Die Gewerkschaften lassen sich nicht zwangsläufig in eine Retorte pressen. Was hat man denn von Mißbräuchen im Industrieverband? Das blühende Leben geht über Melboden und Zählh binweg. Den Emporstieg der Arbeiterchaft zu betreiben, ist die hohe Aufgabe; auf die Form dabei kann man pfeifen.

### Nachmittagsabteilung

Nach kurzer Debatte über einen Geschäftsordnungsantrag mit Bezug auf § 1 des Verbandsstatutes sowie der §§ 3 und 11 der Geschäftsordnung erfolgt das Schlusswort zum prinzipiellen Teil des Punktes II der Tagesordnung.

Krauß betont, daß er gern auf das Schlusswort verzichtet hätte. Über die Diskussion gibt doch noch Anlaß zu einigen Bemerkungen. Ich habe mein Referat nicht auf die Subjektivität im allgemeinen eingestellt, sondern diese Frage nur gestellt, indem darauf hingewiesen habe, daß das Streben nach Industrieverbänden vielfach von dem Gedanken geleitet ist, das Lohnniveau zu verbessern. Nicht von großer theoretischer Linie, sondern von rein praktischen und nützlichen Gesichtspunkten aus habe ich die Frage des Industrieverbandes und der Einheitsbestrebungen bei uns behandelt. Zwischen der Beurteilung der Resolution des Gewerkschaftskongresses über die Industrieverbände durch Grahmann und derjenigen von Krauß besteht ein großer Unterschied. Der letztere erblickt darin keinen Zwang, während Grahmann gegenseitiger Auffassung ist. Eine Einführung von Industrieverbänden durch Zwangsbeschlüsse muß wie Sprengpulver wirken. Durch den Abstimmungsmodus auf dem Gewerkschaftskongress nach der Mitgliederzahl werden die kleinen Organisationen durch die großen unterdrückt. Das ist kein gelinder Zustand. Die Gewerkschaften als Berufsverbände müssen es sich selbst vorbehalten, die Wege zu suchen, wie sie sich umgestalten können. Gärder hat sich eines bitteren Gefühls nicht erwehren können und hörte schon ein Solensted in meinen Ausführungen für die Idee des Industrieverbandes. Das ist nicht berechtigt. Wir wollen nur kein Gebilde schaffen, mit dem niemand etwas anzufangen

weiß, sondern nur auf dem Wege der Entwicklung wird es uns gelingen, zu dem erstrebten Ziele zu kommen; es ist derselbe Weg, der auch in dem Antrage Kamburgs zu dieser Sache zum Ausdruck kommt, was durch Annahme des § 1 des Einheitsstatutes des Graphischen Bundes am besten zur Erleuchtung käme; im übrigen wäre es empfehlenswert, alle weiteren Anträge einer idealen Statutenberatsungskommission zu überweisen. Die Arbeit des Graphischen Bundes soll nicht eingestellt werden; nur wäre es verheißt, jetzt schon eine Urabstimmung in dieser Frage vorzunehmen. Er empfiehlt daher, den Antrag Franklufs A. M. abzulehnen. In der von Sporn ergründeten Entschlußfrage bezüglich der Staatsarbeiterkollegen ist zu bemerken, daß der Staat für seine Arbeiter ein besonderes Zertifikat geschaffen, wodurch nach Kabinetsbeschluss sämtliche Staatsarbeiter ohne Rücksicht auf Beruf oder Organisationszugehörigkeit tariflich erfasst werden, wobei zahlreiche Berufe in Frage kommen. Was wir in diesem Rahmen für unsere Kollegen als Staatsarbeiter tun konnten, ist geschehen, und es liegen von diesen Kollegen Anschauungen vor, die dies bekräftigen. Die Urabstimmungsfrage sollte zunächst der idealen Kommission überwiegen werden. Der Verbandsvorstand steht in einer Bewegungsfreiheit der Berufsverbände größere Vorteile als in einem Industrieverband; er kann sich keiner Diktatur unterstellen, wie es die Kommunisten tun. Wollen die letzteren in Wirtschaft der Einheitsfront, dann müssen die ungeliebten Verlethungsbewegungen aufhören, andernfalls müssen wir ihnen den Kampf anlegen.

Selz stellt unter Zustimmung der Generalversammlung fest, daß nach dieser Aussprache zunächst über die vorliegenden Anträge zur Abänderung des Statutes und der Wahlordnung nicht mehr weiter beraten werden sollte, sondern alle diesbezüglichen Anträge sollen einer Kommission überwiegen werden.

Maier begründet in längerem Ausführungen eine den Delegierten unterbreitete Vorlage des Verbandsvorstandes zur Beitragsfrage und zu den Unterstützungseinrichtungen. Einmal wird behauptet, in der Beitragserbhöhung sei der Verbandsvorstand zu zaghaft vorgegangen, es gibt aber auch entgegengesetzte Ansichten; im allgemeinen ist jedoch zu sagen, daß die große Mehrheit der Kollegenchaft für eine finanzielle Festigung unseres Verbandes Verständnis zeigt. Die teilweise zuzugewandene Forderung einer Einstellung des Beitragsmeßens nur auf den Kampfstandpunkt ist schon sehr alt; schon in früheren Jahrzehnten war davon die Rede. Trotzdem haben sich aber die Ansichten wieder vermehrt, die nicht nur einer Erhaltung, sondern auch einem Ausbau der Unterstützungseinrichtungen zuneigen. Der Verbandsvorstand ist der Meinung, daß die Beitragszahlung in ein gewisses durchschnittliches Verhältnis zum Stundenlohn gebracht werden soll, und daß die Unterhaltungen den veränderten Verhältnissen nähergebracht, aber nicht durch neue Unterstützungsgewerke erweitert werden sollen. Es soll die Möglichkeit offen gehalten werden, sowohl Beitrag wie Unterhaltungen den veränderten Situationen durch den Verbandsvorstand, wenn nötig unter Zustimmung der Gewerkschaften, anpassen zu können. Ferner wird in Vorlage gebracht, in der Beitragsleistung der Mitglieder, die in anderen Berufen tätig sind und andere Organisationen angehören müssen, gewisse Erleichterungen offen zu lassen; insbesondere im Hinblick auf die Erhaltung ihrer Rechte in der Invalidentät.

Selz konstatiert, daß es der Willensausdruck der Generalversammlung ist, einen weiteren Ausbau der Unterstützungseinrichtungen des Verbandes nicht vorzunehmen, daß aber die bestehenden Unterstützungseinrichtungen erhalten bleiben und einigermaßen den veränderten Verhältnissen angepaßt werden sollen.

Hierauf werden zur Beratung und stimmungsgemäßen Zusammenfassung der vorliegenden Anträge zu diesem Punkte der Tagesordnung zwei Kommissionen gebildet, und zwar eine ideale und eine materielle. Die ideale Kommission setzt sich zusammen aus den Kollegen Fiedler (Breslau), Reinecke, Söldner, Klein (Berlin), Epenberger, Keller, Glara, Martens, Pflüger, Dreßler, Prox, Freitag, König (Halle), Wepeck, Grewen sowie vom Verbandsvorstand die Kollegen Krauß und Galle. In die materielle Kommission werden die Kollegen Ranke, Sporn, Maier (Karlsruhe), Couradi, Nagel, Reindorf, Schröder (Dresden), Dähnel, Scheller, Römer, Dölling, Präter und vom Verbandsvorstand Schweinitz und Maier gewählt. Diese beiden Kommissionen haben alle zu Punkt II gestellten Anträge in ihre Beratungen einzubringen, ebenso verchiedene andre, die teils idealer, teils materieller Natur sind. Das Plenum wird nach Beendigung der Kommissionsberatungen auf diesen Punkt wieder zurückkommen und die entsprechenden Anträge zur Erledigung bringen.

Hierauf wird nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte in die Beratung des Punktes XI der Tagesordnung: „Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Leipziger Gewerkschaftskongress“, eingetreten, da der Vertreter des ADGB, Kollege Grahmann, am nächsten Tage wieder abreisen muß.

Selz bekräftigt die grundsätzliche Tendenz des ADGB im Rahmen der allgemeinen Arbeiterbewegung. Die bisherige und auch jetzt durch den Gewerkschaftskongress festgelegte Linie der Arbeitersolidarität mit dem Unternehmertum hat dazu beigetragen, daß unsere gesamte Lebenshaltung um 50 Proz. herabgesunken ist. Das ist die Folge der sogenannten Realpolitik des Gewerkschaftsbundes. Die bekannten zehn Punkte hat der ADGB selbst als unbedingt erforderlich bezeichnet. Trotzdem hat er nicht das geringste getan, um sie durchzuführen; ebenso wenig wie es die politischen Parteien getan haben. Lediglich aus Propagandagründen darf der ADGB, keine solche Politik treiben. Er muß die Forderungen, die er

auffstellt, auch durchführen. Durch Vorkauf an die Massen könnten die zehn Punkte durchgeführt werden, wenn der Ruf zum Kampf um diese Forderungen an die gesamte Arbeiterchaft zur rechten Stunde, gerichtet worden wäre, und zwar mit Hilfe einer entsprechenden Propaganda. Die Steuererlasse belasten die Arbeiterchaft in ungeheurer Weise. Der ADGB hat auch dagegen nicht das geringste unternommen. Die Steuererlasse stehen für die bestehende Klasse heute noch nur auf dem Papier; diese Klasse befragt den Staat fortgesetzt um ungeheure Summen. Und das Unternehmertum trifft alle Vorbereitungen, um den letzten Schlag gegen die Arbeiterchaft zu führen.

Fiedler (Berlin): Weil der Kapitalismus wieder außerordentlich erkrankt ist, müssen wir uns mit der niedrigen Lebenshaltung abfinden. Das ist nur deshalb so, weil der ADGB nicht fähig genug ist. Wir sind nicht mehr in der Offensive, sondern in der Defensive. Schon im Jahre 1918 hat Krauß sich geäußert, daß die Gewerkschaften verlagert haben, sie haben sich nur auf den Lohnkampf eingestellt und sich dadurch für die Sache der sozialen Revolution ausgeschaltet. Es muß auf wirtschaftspolitischen Gebiet unbedingt mehr Einfluss erstritten werden, der uns nicht dazu zwingt, die gewerkschaftlichen Kräfte in Lohnkämpfen zu verzerren. Zwar protestiert der ADGB, fortwährend und verächtlich eine Resolution nach der andern, aber weiter kommt er nicht. Die Zentralarbeitsgemeinschaft wirkt nur im Unternehmertuminteresse. Ihre Ergebnisse sind den Zustand an Zeit und Mühe gar nicht wert. Die Steuererhebung entwickelt sich gleichfalls sehr ungünstig mit immer größeren Ungerechtigkeiten für die Arbeiter. Erst nachdem die Unternehmer die Privatisierung der Eisenbahnen gefordert hatten, stellte der ADGB die zehn Forderungen auf, nur um die Unternehmer zum Rückzuge zu bringen. Es ist wohl richtig, daß den Massen noch ein großer Teil wirtschaftlicher Schulung fehlt; es fehlt dabei auch der Einfluss der Gewerkschaften. Die Haltung des ADGB, beim Eisenbahnerstreik und gegenüber der Technischen Nothilfe war ebenfalls falsch. Die beachtlichste Schlichtungsordnung mit ihrem gefährlichen § 55 erfordert Widerspruch, auch die Arbeitslosenversicherung und das Arbeitszeitgesetz machen es dem ADGB, zur Pflicht, alles daran zu setzen und sich als Machtfaktor Geltung zu verschaffen, damit wir wieder mit höchstem Vertrauen zu unserer höchsten Spitze aufblicken können.

Der Vorliegende gibt folgende zu diesem Punkte eingegangene Entschlüsse bekannt:

Die erste ordentliche Generalversammlung erkennt an, daß eine weitere Verlebung der Arbeiterchaft nur dann aufzuhalten werden kann, wenn in Zukunft die Kosten der Erhaltungspolitik auf die Schultern der bestehenden Klasse gelegt werden. Einen Weg hierzu bietet die Verwirklichung der vom ADGB aufgestellten zehn Punkte. Die Versammlung fordert, daß der ADGB alle gewerkschaftlichen Machtmittel einsetzt, um die zehn Punkte zur Tat werden zu lassen.

Reinecke, Wapben, Engelmeier, Maier.

Die erste ordentliche Generalversammlung stellt den Gesetzentwurf betreffend die Schlichtungsordnung, das Arbeitszeitgesetz und Arbeitslosengeld streng ablehnend gegenüber. Keine dieser Vorlagen entspricht dem Willen, den Arbeiter in ihrem schweren Kampf ums Dasein beistand zu leisten, vielmehr beabsichtigen sie die Einengung der Bewegungsfreiheit, die Verlängerung der Arbeitszeit und die dauernde Vertragsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit im Interesse der kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsform. Sie erhebt die Forderung, daß der ADGB eintritt für Erweiterung der Sozialistischer für alle Schaffenden, sie ausbaut und sie anwendet als Instrument gegen jede Unterdrückung und für die Befreiung der Arbeiterchaft.

Kolle, Sinze, Selz, Gabben, Engelmeier, Maier.

Wenn es bis zum nächsten Jahre nicht gelingt, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären, beauftragt die Generalversammlung den Verbandsvorstand, beim ADGB darauf zu dringen, daß betreffs der Malerei unbedingt Klarheit geschaffen wird und ganz bestimmte Richtlinien herausgegeben werden. Wenn Arbeitsruhe beschlossen wird, daß jeder freigewerkschaftliche Arbeiter dem Beschluß auf jeden Fall nachzukommen.

Reinecke, Warnke, August Reinecke, Matfische, Blefel, Gürk.

Ferner wird ohne Widerspruch festgestellt, daß vorliegende Entschlüsse und nachstehende Abänderungsanträge zu den Anträgen 306—311 (Punkt XI), desgleichen alle Anträge 290—322 der idealen Kommission überwiegen werden sollen.

Die erste Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erucht den ADGB, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln seinen Einfluss auf die gesetzgebenden Körperschaften auf die unverzügliche Erfüllung solcher Forderungen der Arbeiterchaft zur Geltung zu bringen:

1. Die gesamte Sozialgesetzgebung ist so auszubauen, daß sie der erwerbsfähigen Bevölkerung bei Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit durch Krankheits- oder Invalidität die Möglichkeit einer Existenz gewährleisten.
2. Die Staats- und Kommunalbeamten sind gleichfalls der Sozialgesetzgebung zu unterwerfen.
3. Das gesamte Sozialversicherungswesen ist zu zentralisieren, einheitlich zu gestalten und wesentlich zu vermindern.
4. Zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Arbeiter und zur Vorbeugung ihrer vorzeitigen Invalidität muß neben den zu erweiternden Schutzbestimmungen ein alljährlicher Erholungsurlaub für alle gegen

**Lohn und Gehalt** Beschäftigten Gegenstand der Sozialgesetzgebung werden. (Mablo Berlin.)

**Su Ziffer 4:** Die Mindestdauer des gesetzlichen Erholungsurlaubes regelt sich ausschließlich nach der Gesundheitsgefährlichkeit der einzelnen Berufsgruppen. An der Hand von Krankheitsfällen ist von dem durch Ärzte und Sachverständige zu bildenden Kommissionen die Gesundheitsgefährlichkeit der einzelnen Berufsgruppen zu ermitteln. Die Berufskrankheiten, das erhöhte Durchschnittsalter der Berufsangehörigen und ähnliche Momente müssen einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Dauer des Urlaubs haben.

Gabben begründet die Resolution zur Milderung uncharakteristischer der bisherigen Unklarheit in dieser Frage. Unter besonderer Hervorhebung der auffälligen Sympathie der Unternehmensebene, auch der „Zellschiff“, für die vom AOBZ herausgegebenen „Betriebsratszeitung“ verurteilt er die Haltung der Redaktion dieses Blattes ganz unerschöpflich. Desgleichen bebaugt er die Zurückhaltung des „Korr.“ gegenüber den vielen Provokationen des Unternehmertums und dessen Anschläge gegen die Arbeiterrechte. Mit den bisherigen Spähchen des gewerkschaftlichen Kampfes ist nichts zu erreichen. Das Bemühen der Ausgänger des Metallarbeiterstreiks, der viele Millionen Mark geholt hat, obwohl er schon von vornherein als verloren angesehen werden mußte. Dikmann leit daran genau so schuld wie der AOBZ. Die zehn Punkte waren für den AOBZ, lediglich ein Mittel, um dem radikalen Teile der Arbeiterchaft das Maul zu stopfen. (Widerpruch.)

**Hannemann:** Was bis jetzt vom AOBZ in die Wege geleitet wurde, sah oft so aus, als hätte er nicht die Macht, auch durchzuführen, was im Interesse der Arbeiterchaft unbedingt nötig wäre. Es ist aber zugabene, daß angesichts der Zersplitterung innerhalb der Arbeiterchaft alles hat leiden müssen, ebenso auch die Forderungen des AOBZ. Die Bourgeoisie laßt sich wegen dieser Ohnmacht ins Fäulchen und hat es ausgezeichnet verstanden, mit Hilfe der gesamten bürgerlichen Presse gegen die Arbeiterchaft Front zu machen. Um so erfreulicher ist es daher, daß es der AOBZ, wenigstens verstanden hat, die Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung zu erhalten. Leider haben sich aber die Spitzenorganisationen mehr für die Interessen der Staatsarbeiter und Beamten eingeleitet als für jene der übrigen Arbeiterchaft. Der AOBZ sollte allen Instanzen klarmachen, daß die bisherige Lohnregulierung nicht mehr angängig ist; da müssen andre Wege eingeschlagen werden. Auch die Demonstrationen der letzten Zeit hat ihre großen Schattenseiten. Sie trägt dazu bei, das Verfallungsleben noch mehr zu gefährden, wozu auch der Ton radikaler Kollegen in den letzteren sehr viel beigetragen hat. In der Frage der Erfüllungspolitik muß durch den AOBZ, bei der Amtierdamer Gewerkschaftsinternationale noch mehr als bisher, eingewirkt werden.

Ein Antrag ist durch die Mehrheit angenommen.

**Grahmann:** Die bei diesem Punkte zu behandelnden Fragen bilden ein Thema, das uns schon seit Jahren beschäftigt, ohne uns aus den Widersprüchen herauskommen zu lassen. Und es geht über menschliche Kräfte hinaus, was in dieser Hinsicht vom AOBZ gefordert wird. Geradezu lebensfähig ist es, zu sagen, daß die Verschlechterung der Lebensverhältnisse auf die Politik des AOBZ zurückzuführen sei. Die Frage der Arbeitsgemeinschaften ist nur eine solche der Zweckmäßigkeit, von der man sich in dem Augenblick abweisen kann und muß, wenn wir andre und bessere Mittel haben, um der Arbeiterchaft zu dienen. Wer den diesbezüglichen Verteilungen des AOBZ, die Schuld an unserer heutigen Lage gibt, hat sich von den wirklichen Dingen viel zu weit entfernt. Diesen Anklägern wird es geben wie einem Goldhörn, der mit einem glänzenden Plan eine Schlacht eröffnet und dennoch geschlagen wird, weil ihm der Gegner die Osebe des Handelns vorkreißt und der bewußte Goldhörn sich diesen veränderten Verhältnissen nicht anpassen wollte, weil er sich zu festes Gemüth nur auf seinen eignen Kriegsplan eingelassen hatte. Wie verleiht eine solche Politik ist, geht daraus hervor, daß z. B. der Mord an Rathenau uns eine neue unheimliche Feuerzunge weckt gebracht hat. Und dafür kann doch gewiß der AOBZ, nicht verantwortlich gemacht werden. Was beweist, wie abhängig wir von Dingen sind, von Kräfte, auf die wir gar keinen Einfluß haben. Je mehr Begehungen wir antizipieren, desto mehr Angst und Wange könnte man vor diesen Verwicklungen bekommen, in die die ganze Weltwirtschaft verstrickt ist. Auf allen Wirtschaftsebenen haben wir mit Verbältnissen zu rechnen, die zum größten Teil von einer guten Verwaltung abhängig sind. Und da fehlen uns unzählige Kräfte, die in dem von uns gewünschten Sinne tätig sind oder tätig sein können. Trotzdem haben wir eine Überfüllung von Beamten durch Rücktritt von Beamten aus den abgetrennten Gebieten und durch die Bildung oder Umbildung ganz neuer Staaten. Dazu kommen die Folgen der Vernichtung und Zerstörung unserer wirtschaftlichen Kräfte durch den Weltkrieg und den geradezu wahnwitzigen Friedensvertrag. In Rußland sind schon zehn Millionen Menschen vor Hunger gestorben, wir selbst befinden uns in größter Not, aber in Südamerika wird Mais in den Maschinen verfeuert, weil dieser billiger ist als die Stroheln. Die Baumwollzeugung ist eingeleberrt, als ob wir und Rußland keine Baumwolle nötig hätten, weil von uns und andern valutastarken Ländern die hohen Baumwollpreise nicht bezahlt werden können. Überall herrscht Wohnungsnot, weil früher alles auf die Kriegsindustrie eingeleitet war. Während es den Arbeitern in neutralen Ländern noch geangene ist, eine halbwegs befriedigende Lebenshaltung aufrecht erhalten zu können, senkt sich in valutastarken Ländern die Lebenshaltung immer tiefer. In Österreich

ist die Arbeiterchaft fast reiflos einig, und dennoch sind auch unter Brüdern in Österreich nicht inlande gewesen, alle Widerstände zu überwinden, um aus ihrem wirtschaftlichen Elend herauszukommen. Um so schlimmer steht es aber mit unserer Macht, die wir mit so großen Nachteilen der Zersplitterung der Kräfte in untern eignen Reihen zu rechnen haben. Dem größten Wahrungers steht eine ungeheure Inproduktivität gegenüber, ungeheure Ausgaben für Arbeitslosigkeit. Acht Milliarden sind schon für diese Zwecke ausgegeben worden, ohne daß für diese Werte auch nur ein einziger Stein bewegt worden ist. Die russische Industrie verzeichnet heute nur noch 5 bis 6 Proz. ihrer Friedensproduktion. Überall besteht ein ungeheurer Produktionsrückgang, neben den Folgen des Krieges und den unsinnigen Grenzfestlegungen aus rein politischen Gründen. Unser Land ist bedeutend kleiner geworden, aber unsere Grenzen viel größer; das erfordert mehr Zoll- und Grenzbeamte. Der große und fortwährende Wechsel der Münzsysteme und der Zollfragen sowie der Handelsbestimmungen unter internationalen Druck erfordern ungeheure Verwaltungskosten, die oft mehr kosten, als sie einbringen. Die Aufstellung der zehn Punkte ist nicht aus propagandistischen Gründen erfolgt. Dazu haben wir gar keine Zeit. Aber es gibt in der Arbeiterchaft noch Kräfte, die fast keinen Tag vorübergehen lassen, ohne neue Parolen auszugeben, die dann nach kurzer Zeit wieder vergessen sind, aber auch nicht vermisst werden. Als im August 1921 der Bundesausschuß Stellung zu den neuen Steuervorlagen nahm, verlangte er die Erstattung der Schwerte, Entlastung des Verbrauchs, Feststellung eines gewissen Gleichgewichts im Haushalt des Reiches und der Länder. Darauf lehnte eine heftige Gegenbewegung der Sachwertbesitzer ein. Die Unternehmer boten dann eine sogenannte Kreditlinie an; aber sie verlangten Garantien ganz bedenkenlicher Natur. Sie verlangten, daß das Wirtschaftsleben von allen Fesseln befreit wird; die Reichsbetriebe und andre öffentliche Betriebe sollten zu betrieben und geleitet werden, daß sie keine Belastung, sondern eine Entlastung des Reiches mit sich bringen. Das wäre eine Erstattung der Reichswerte statt der Schwerte. Dazu kam dann noch der bekannte Plan von Stinnes bezüglich der Reichseisenbahnen, der zu umfangreichen Entlassungen von Beamten und Arbeitern, zu Erhöhung der Fahrpreise und Frachten geführt hätte, aber jedenfalls mit erheblichen Rabatten für besetzende Industrietriebe. Wo wir, das übrige Volk und insbesondere die Arbeiterchaft geblieben wären, das läßt sich gar nicht ausmalen. Als Abwehr gegen diese unerhörte Provokation wurden dann vom Bundesausschuß die zehn Punkte als Forderung aufgestellt. An Einfluß und Druck zur Durchsührung dieser Forderungen hat es nicht gefehlt. Die politischen Parteien haben ihre Unterstützung zugesagt; aber es war trotzdem nicht möglich, im Parlament eine Mehrheit zu erreichen. Und die Aufstellung des Reichstags hätte im damaligen Moment auch nicht genügt, um diesen Forderungen Genüge zu tun. Die große Mehrheit der Reichstagsmitglieder hat sich nicht für diese Forderungen ausgesprochen. Wir haben Bevölkerungsgruppen, die auf somnambule Wählerparolen sehr leicht hereinfallen. Der Gedanke des Generalstreiks wird leider oft zu leicht genommen, besonders in solchen Kreisen, die nichts danach fragen, was daraus am Ende wird. Er sollte aber nur zur Anwendung kommen, wenn es ums Leben und Sterben der deutschen Arbeiterchaft geht, wie beim Kapp-Putsch, aber nicht wie in Mitteldeutschland. Die Güter dieser Welt sind in den Händen weniger Leute, die mit unbeschränkter Macht über diese gebieten. Keine politische Instanz hat einen maßgebenden Einfluß auf die großen internationalen Börsenmagnaten, die keiner einzigen auf Gewalt basierenden Regierung auch nur einen Pfennig Kredit geben würden. Nur dort, wo eine höhere Vergeltung winkt, ist mit diesen Menschen zu reden. Das Schicksal Rußlands ist das beste Beispiel hierfür. Dort geht etwas zu Bruch, was uns vielleicht um 100 Jahre in der Entwicklung zurückschleudern kann. Hier zeigt sich die verhängnisvolle Wirkung einer Regierung, die, mit einer stärkeren Diktatur als Swan der Schreckliche ausgerüstet, glaubte den Sozialismus mit Gewalt durchzuführen zu können, und nun doch gezwungen ist, vor den Erträgen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Verbeugungen zu machen. In den letzten Tagen haben die beiden sozialistischen Parteien dem Getreideabkommen zugestimmt; dadurch wurde verhängt, daß der Brotpreis im Herbst auf 50-60 Mk. oder noch höher steigt. Es ist einfach nicht möglich, hinter jeden Bauern einen Geldmann zu stellen. Der letzte Metallarbeiterstreik war eine Verleibung des Bräudenkopfes für den Achttundentag. Abgelagert wurden auch alle bisherigen Verluste auf Unterbindung des Streikrechts; die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts wurde nach Möglichkeit gefördert; die gesamte Schlichtungsordnung, deren § 55 von uns unbedingt abgelehnt werden muß, erfordert unter größte Aufmerksamkeit. Die Abwehr des Kapp-Putches hat gezeigt, daß der AOBZ, keine Pflicht hat. In der Frage der Arbeitsloshilfe wurde gleichfalls das möglichste getan, und es ist eine große Ungerechtigkeit, wenn behauptet wird, daß auf diesem Gebiete der AOBZ, verlag hätte. Dazu kommen noch die großen Aufgaben im Wohnungsbau, in der Siedlungspolitik sowie in der Sozialversicherung. Auch die Durchsührung des Friedensvertrags hat durch unte internationale Beziehungen mancherlei Beeinflussung erfahren. Das Wiesbadener Abkommen ist zum größten Teil darauf zurückzuführen. Die Schließung der Deutschen Werke, die von der Entente verlangt wurde und zur Brötlung vieler Tausender von Arbeitern geführt hätte, wurde durch den AOBZ, verhindert; ebenso wurde in gleicher Weise die verlangte Zerstörung der Dieselmotoren verhindert. Das beweist, daß der AOBZ, nicht viel redet, sondern um so mehr

praktisch handelt. Alle diese Arbeit im Interesse der Arbeiterchaft wird aber erschwert durch die ständigen Bedrohungen der gewerkschaftlichen Arbeit von jener Seite; die jeden Arbeitervertreter, der es verleiht ansetzt, wenn man alles in unser Schemata prellen will, als Arbeitervertreter bezeichnet. Dadurch wird das Vertrauen der Arbeiterchaft zu ihren gewerkschaftlichen Organisationen untergraben. Dieses gefährliche Treiben, das nur allein Arbeiterleiden zugute kommt, muß von nun an unbedingt aufhören, weil es nicht zur Einigkeit führt und wie Gift wirkt für alles, was wir bisher geschaffen haben. Die Vorgänge der letzten Tage zwingen uns, die Notwendigkeit des Staates ernstlich als je auch in unserm Interesse zu erkennen. Der Staat sind wir alle, und er steht nur so aus wie wir selbst. Dieses wertvolle Pfand dürfen wir nicht vergeuden. Die Zeichen der Zeit weisen darauf hin, daß wir alles tun müssen, was zur Einheitsfront innerhalb der Arbeiterchaft führen kann. Es darf nicht mehr sein, daß der eine gegen den andern in untern Reihen aufsteht. Wir haben nur einen Feind, die Reaktion. Sie zu bekämpfen, ist das Gebot der Stunde, das alle hören müssen, ehe es zu spät ist! (Beifall.)

Alle zu diesem Punkte vorliegenden Anträge werden ohne Widerspruch der ideellen Kommission überwiesen, worauf die Sitzung gegen 7 Uhr abends geschlossen wird.

### Fünfter Verhandlungstag (7. Juli)

Vorländer Selb schlägt vor, die Anträge zu Punkt VII („Korrespondenz“) zur Vorbereitung auch erst in Kommissionsarbeit gehen zu lassen, damit Zeit erspart werden kann.

Gabben spricht die Erwartung aus, daß eine öffentliche Diskussion zu Punkt VII dadurch nicht gegenstandslos gemacht wird.

Selb erwidert, daß lediglich eine Vereinfachung bezweckt wird und teilt mit, daß nunmehr Punkt III: „Stellungnahme zur Lage auf dem Tarifgebiete, zur Revisions- oder Kündigungfrage“ mit Einbezug der Bewegung in Berlin, zur Beratung kommt, und zwar in geschlossener Sitzung.

Verath tritt entschlossen für öffentliche Verhandlung ein. Das sind wir schon den Berliner Kollegen schuldig. Die Prinzipale sind ja nicht einmal so ängstlich, wie aus ihrer jüngsten Tagung zu ersehen war. (Großer Widerspruch.)

Zorbauer wundert sich über das Verhalten eines Teiles der Berliner Delegierten. Wer die Interessen der Kollegenchaft tatsächlich wahrnehmen will, muß für nichtöffentliche Behandlung dieses Punktes sein.

Fiedler (Berlin) ist für den Vorschlag des Vorlandes; auch die Berliner Vorgänge sind in nichtöffentlicher Sitzung zu erörtern. Er nur können wir, nicht richtig ausprechen, was wir für notwendig halten. Selb vermag keine Notwendigkeit zu ersehen, warum wir der Prinzipale das, was zur Wahrnehmung der vitalsten Interessen der Kollegenchaft zu sagen ist, in aller Öffentlichkeit erzählen sollen.

Stolle tritt dagegen unter allgemeinem Widerspruch für vollste Öffentlichkeit ein.

Mit übergroßer Mehrheit wird darauf beschlossen, eine geschlossene Sitzung einzutreten zu lassen.

Sundt wird von Schleffer ein eingehendes Bild über den Berliner Konflikt gegeben, der schon hätte beigelegt sein können, wenn die Berliner Prinzipale auf den Standpunkt der Regierung treten wollten, die eine wirksame Erhöhung der Buchdruckerlöhne für notwendig erklärt.

Die Generalversammlung hat nach diesen Darlegungen fast durchweg die Überzeugung, daß es nur richtig war, mit einer Ausdrucksache über die Vorgänge in Berlin so lange zu warten, bis den Delegierten persönlich berichtet werden konnte.

Selb schildert dann, wie es zum 11. Juli als Termin für neue Lohnverhandlungen gekommen ist.

Es sprechen dann zum Berliner Konflikt Hänge, Bierath, Ebel, Klein (Berlin), Wislaug, Hesse, Harder, Baufeld (Woll), Graaf, Klein (Stuttgart), Selb.

In der Berliner Angelegenheit wird schließlich eine Resolution Adolf Baufeld und Genossen zurückgezogen zugunsten einer von Albrecht Ebel gestellten. Eine Resolution Hesse usw. findet nur wenige Stimmen. Angenommen wird dagegen dann einstimmig folgende Resolution Albrecht (Wien) und Genossen:

Die elfte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker spricht den im Kampfe stehenden Berliner Kollegen ihre warmste Sympathie aus. Sie erklärt, daß dieser Kampf durch das unerantwortliche Verhalten des Unternehmertums im Buchdruckgewerbe verschuldet worden ist. Vom Verbandsvorstand verlangt die Generalversammlung, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen des Tarifausschusses alles getan wird, um die Lebensverhältnisse der Kollegenchaft auf ein Niveau zu bringen, welches die Existenz der Kollegen und ihrer Familien garantiert.

Um dies zu erreichen, wird dem Verbandsvorstand freie Hand gegeben, alle die Maßnahmen zu treffen, die im Interesse der Berliner sowie der Gesamtgewerkschaft notwendig sind.

Selb referiert nunmehr über alle zu diesem Punkte zählenden Fragen auf dem Tarifgebiete.

Es sprechen zunächst dazu Bierath, Gabben und Willen. Die Tarifdebatte wird in geschlossener Sitzung am Nachmittag fortgeführt. Es beteiligen sich daran noch folgende Kollegen: Stolle, Schleffer, Zorbauer, Papp,

**Freitag, Semmerich, Brandt, Grewen, Ortel, Schindler, Dreher, Runfner, Klingens.** Gegen 6 Uhr abends gelang ein Antrag auf Beibehaltung der Aufnahme, wodurch eine größere Anzahl noch eingetragener Redner nicht mehr zu Worte kommt.

Nach dem Schlusswort des Verbandsvorsitzenden wird u. a. beschlossen, die Generalversammlung bis Dienstagabend zusammenzubringen.

Sodann wurden drei Entschlüsse zu Punkt III eingebracht, über die die Abstimmung morgen früh erfolgen soll.

Eine weitere Entschlüsse lautet:

Wie die „Morning Post“ aus Moskau meldet, ist im Projekt gegen die Sozialrevolutionäre nach zwölftägigen Verhandlungen die Todesstrafe durch Erschießen gegen alle Angeklagten beantragt worden.

Die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker stellt sich mit der gefassten Kulturwelt einig in der Verurteilung dieses verabschiedungswürdigen Mordversuchs der Sowjetregierung. Sie fordert den A.D.G.B. auf, unverzüglich schärfsten Protest dagegen einzulegen.

H. Gröning, Chr. Felle, F. Scherp, Otto Wubrich, Otto Fiebler, G. Porckmann, L. Keller, W. Weiß. Diese Entschlüsse werden mit allen gegen sechs Stimmen der kommunistischen Vertreter angenommen. Starke Unterstützung löst dieses Verhalten der Kommunisten aus.

## Sechster Verhandlungstag (8. Juli)

### Vormittags-Sitzung

Die geschlossene Sitzung wird fortgesetzt und zunächst eine Reihe von Erklärungen über den Abschluss des sechsten Verhandlungstages abgegeben.

Vorländer Selb kommt dann nochmals auf die Berliner Bewegung zu sprechen, die von der tatsächlichen Seite betrachtet, und bedauert die geringe Information der Generalversammlung durch den Berliner Gauvorstand. Im Reichsarbeitsministerium haben nach der ihm gewordenen Unterrichtung vom Verbandsbüro aus neue Verhandlungen stattgefunden. Der Reichsarbeitsminister macht den Vorschlag: 1. Die Arbeit wird möglichst sofort aufgenommen. 2. Bei Wiederaufnahme ist jedem Arbeiter eine einmalige Wirtschaftsbillie von 300 M. zu zahlen. 3. Vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an werden die neuen Löhne gezahlt, die der Reichsarbeitsausschuss festsetzt. Während eine Gehilfenversammlung sich gegen etwa 50 Stimmen für den Vorschlag erklärte, fand er in der Prinzipalität Widerstand. Schließer gibt von einem ihm durch den Gauvorstand übermittelten Schreiben Kenntnis. Am Sonnabend früh sollte die Arbeitsaufnahme erfolgen. Die Prinzipale kamen aber mit einer Reihe von Gehilfenforderungen, auch mit „Verleumdungen“ für die Hilfsarbeiter, darauf schlug die Stimmung für den „Streik“ wieder um. Es wurde Verleumdung des Streiks beschlossen. Die Zentralorgane der Arbeiterparteien dürfen aber erscheinen. Die Prinzipale fragen also schuld, daß die Dinge in Berlin so stehen. In der Generalversammlung zeigt sich großer Unwille über ein solches Verhalten der Prinzipalität in Berlin.

Die Generalversammlung geht nunmehr zur Abstimmung über die Tarifresolution über. Eine Resolution sollte, die bei jedem Neuabschluss eines Vertrags auf dem Tarifgebiet Urabstimmung verlangt, wird als erledigt angesehen, da der gegenwärtige Zustand dem schon entspricht. Eine Entschlüsse fordert Aufhebung der Tarifgemeinschaft und einen Mantelartiklar dafür, die Lohnregelung soll den einzelnen Wirtschaftsbereichen überlassen bleiben. Diese Resolution wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Eine weitere Resolution will keine Erneuerung des Lohnartiklar in seiner jetzigen Form; Mantelartiklar und Bezirksartiklar sollen an seine Stelle treten. Auch diese Resolution verfehlt mit großer Mehrheit der Ablehnung. Eine dritte Resolution ist eine Kombination von Richtlinien des Verbandsvorstandes und aus der Mitte der Generalversammlung zum Ausdruck gebrachter Auffassung. Sie wird mit überwiegender Mehrheit angenommen und lautet:

Die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker stellt sich erneut auf den Boden der Tarifgemeinschaft und spricht sich für die volle Aufrechterhaltung der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf zentralem Wege aus. Sie richtet an die Gesamtgewerkschaft den Appell, alle zur Tarifresolution zu stellenden Anträge bis spätestens 25. August dem Verbandsvorstande zu übermitteln. Ein Kommission, bestehend aus fünf Gehilfenvertretern, den vier Vorstehenden der Parteien und zwei Vorstandsvorstehern hat die Sichtung der Anträge vorzunehmen und die zur Beibehaltung dem Tarifausschusse zu unterbreitenden Anträge dann einer Gauvorsteherkonferenz zur endgültigen Antragstellung zu unterbreiten.

Im übrigen erneuert die Generalversammlung die in gleicher Sache in Nürnberg 1920 gefassten Beschlüsse; sie erklärt weiter, daß sie sich dem von Prinzipalität gewünschten Organisationsabschlusse des Tarifs nicht grundsätzlich entgegenstellt, die erwartet aber von der Gehilfenvertretung eine genaue Prüfung aller dazu gestellten Anträge, insbesondere nach der Richtung, ob und inwieweit dabei in Betracht kommende Forderungen die Bewegungsfreiheit der Organisation beeinträchtigen könnten.

Damit ist der Punkt III erledigt.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit gibt Vorländer Selb zunächst Kenntnis von einem Begrüßungsschreiben zahlreicher reisender Kollegen aus München, das mit lebhaftem Bravo aufgenommen wird.

Dann wird in die Behandlung des vierten Tagesordnungspunktes eingetreten: „Die Lehrlingsabteilung unres Verbandes, der „Jungbuchdrucker“ und die Lehrlingsordnung.“

Ville hält das einleitende Referat. Seit 1 1/2 Jahren ist unsere Lehrlingsabteilung in Tätigkeit. Als wir zu ihrer Gründung übergingen, wußten wir, daß damit Neuland betreten wurde und daß infolgedessen nicht mit groben Erfolgen zu rechnen war. Trotzdem ist heute ein unbefristeter Erfolg auf der ganzen Linie zu konstataren. In fast allen Gauen hat unsere Lehrlingsabteilung festen Fuß gefaßt. Im Mitglieder wurden gezählt, zu Beginn des Jahres 1921 11 560, am Jahreschlusse 10 660, im Jahresdurchschnitt 11 026 Mitglieder. Hoffnungsvolle Ausblicke enthalten die meisten Gauerichte bezüglich der Entwicklung der Lehrlingsorganisation. Die Erfolge sind natürlich in hohem Maße abhängig von geeigneten Personen für die Lehrlingsfürsorge. Wo solche fehlen, ist ein Erfolg in Frage gestellt. Als außerordentlich wichtig muß die enge Verbindung mit den Typographischen Vereinigungen bezeichnet werden. Die fachtechnische Ausbildung muß in Ihren Händen bleiben. Dort sind dafür die besten Vorbereitungen vorhanden. Was die geistige Kost für unsere Lehrlinge anlangt, muß in erster Linie der im „Jungbuchdrucker“ gebotene Stoff gründlich ausgeübt werden. Im Laufe der Zeit sind manchmal Aufstellungen vertreten worden über den Tätigkeitsbereich unserer Lehrlingsabteilungen, die nicht gebilligt werden konnten. Im Ratgeber für die Verbandsfunktionäre sind in kurzen Strichen Richtlinien für die Aufgaben der Lehrlingsabteilungen gegeben. Diese dürfen keinesfalls zum Zummelplatz parteipolitischer Meinungsäusserungen gemacht werden. Damit sind keine praktischen Erziehungsresultate zu erzielen. Als namhafter Faktor zur Aufklärung und Fortbildung ist der „Jungbuchdrucker“ zu bewerten. Ohne Selbstüberhebung kann festgesetzt werden, daß darin nach Inhalt und technischer Aufmachung Hervorragendes geleistet wird. Die Auflage ist auf rund 13 000 gestiegen. Lehrlinge erhalten das Blatt umsonst, es wird aber auch in Gehilfenkreisen gern gelesen und geht in alle Weltteile. Diese Tatsache spricht sicherlich für den hohen erzieherischen Wert des „Jungbuchdruckers“. An den im Ratgeber festgelegten Richtlinien sollte nichts geändert werden. Ein politisches Disziplinsorgan soll der „Jungbuchdrucker“ nicht sein, wenigstens aus selbstverständlich die sozialpolitischen Fragen der Arbeiterbewegung dort einen konzentrierteren Niederschlag finden müssen, um die Jugend auf ihre gewerkschaftliche Zukunftsvorbereitung. Nicht ohne Billigkeit kann man über das Schicksal der Lehrlingsordnung sprechen. Als dies im Mai 1920 „im Streit“ geleist wurde, wollten man damit erreichen, daß geregelte Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse für die Lehrlinge in allen Betrieben geschaffen werden. Wie schon im letzten Heft der „Märkte“ die zur Einleitung des ersten Streikens von einem namhaften Gewerkschaftsleiter geäußert wurden: „Was ist ein Streik, wenn nicht die Verweigerung der Arbeit?“ In die Tat umgesetzt, war dies der Mann, der für die neuzeitliche Regelung der Lehrlingsordnungs das nötige Verständnis aufbrachte, sind andre Männer getreten, die in den Lehrlingen billige Arbeitskräfte erblickten. Wir haben die Pflicht, dem Geschäftsführer des Tarifamts, Kollegen Schliebs, wärmsten Dank und aufrichtige Anerkennung für seine aufopfernde Tätigkeit zwecks Durchsetzung der Lehrlingsordnung auszubringen. Wenn es den Prinzipalen ernst gewesen wäre mit der Lehrlingsordnung, dann hätten sie die Schreier in ihren Reihen zur Ruhe gebracht. Redner geht dann auf die zum vierten Tagesordnungspunkt gestellten Anträge ein. Die Anstellung eines Jugendsekretärs ist ins Auge gefaßt, aber zur Zeit noch nicht durchführbar, weil noch kein ausreichendes Arbeitsgebiet vorhanden ist. Alle gestellten Anträge sollten dem Verbandsvorstande zur Berücksichtigung überwiesen werden. Am gegenwärtigen Zustande ist zwingend nichts zu ändern. Nach dem regelmäßigen Erscheinen des „Jungbuchdruckers“ übernahm Kollege Rehmholz den gewerkschaftlichen und kollege Dreher den sachlichen Teil. Beide Namen bürgen für das Gelingen. Die Befassung des Lehrlingsorgans beim Bildungsverband ist eine reine Zweckmäßigkeitssache. Für ein zweimaliges monatliches Erscheinen des „Jungbuchdruckers“ ist auch der Verbandsvorstand. Entstehende Schwierigkeiten werden sich überwinden lassen. Wir hoffen allerdings, daß die aufopfernde Arbeit, die für unsere Lehrlingsabteilung mit Herz und Hirn geleistet wird, überall die nötige Anerkennung und Unterstützung findet. Ohne Mitwirkung in den Orts-, Bezirks- und Gauvereinen geht es nicht. In großen Städten ist es leichter, die Bildungsaufgaben der Lehrlingsabteilungen zu erfüllen, als in kleineren Orten. Hier müssen die einzelnen Lehrlinge zu Bezirksvereinen zusammengeschlossen werden. Aber Bedeutung und Zweck unserer Lehrlingsabteilung sind wir uns alle einig. Wir wollen unsere Lehrlinge zu tätigen Facharbeitern erziehen, weil wir wissen, daß sie damit auch tüchtige Gewerkschaftler werden. Fachliches Wissen ist in erster Linie nötig. Die „Zeitschrift“ hat sich wiederholt Angriffe auf unsere Lehrlingsabteilung und auf den „Jungbuchdrucker“ erlaubt. Was unsere Lehrlinge frommt, ist unsre eigene Sache. Am allerwenigsten haben die Saboteure der Lehrlingsordnung ein Recht, uns Vorwürfen zu machen. Die Prinzipale sollten es dankbar empfinden, was bei uns zur Förderung der Lehrlingsausbildung geleistet wird. Von einschlägigen Prinzipalen wird das auch unumwunden angegeben. Die Angriffe der „Zeitschrift“ berühren uns nicht. Sie müssen uns im Gegenteil ermuntern, das geachtete Ziel mit verstärktem Eifer zu erreichen. (Lebhafte Beifall.)

Thorhauer: In Hamburg haben wir uns schon vor dem Streike der Lehrlinge angenommen und mit ihnen gemeinschaftlich gearbeitet. Aus diesem Grunde ist der

Widerstand gerade der Hamburger Prinzipale begrifflich. Man ist dort der Auffassung, daß die Lehrlingsausbildung und -erziehung allein Sache der Innungsmeister ist. Redner kritisiert dann namentlich das Verhalten der Hamburger Prinzipale gegenüber der Lehrlingsabteilung. Dankbar erkennt auch er die Tätigkeit des Kollegen Schliebs an. Für uns muß es darauf ankommen, im Sinne der von Hamburg gestellten Forderungen auf den A.D.G.B. einzuwirken, damit dieser Schritte unternimmt, die zur Aufhebung der mit dem Artikel 165 der Reichsverfassung in kraftem Widerspruch stehenden Bestimmungen der A.D.G.B. über das Lehrlingswesen führen. Außerdem ist die Freistellung eines Jugendsekretärs, der ständig die Fäden der Gesamtentwicklung auf dem Lehrlingsgebiet in der Hand behält, bei uns zu einer Notwendigkeit geworden. Einzuwirken ist insbesondere auf die Aufbesserung der Kostendeckung für die Lehrlinge. Planmäßige Arbeit ist dringend notwendig. Der „Jungbuchdrucker“, darin sind sich alle Jugendsekretäre einig, verdient für seine erzieherische Aufklärungs- und Erziehungsarbeit höchste Anerkennung.

Dreher: Die Frage der Jugenderziehung ist so zentral, daß nur sachliche Gründe für ihre Beurteilung ins Feld geführt werden dürfen. Um eine Möglichkeit zu schaffen, auch den Lehrlingen in kleineren Orten etwas zu bieten, müssen entsprechende Mittel bereitgestellt werden, um sie öfter zusammenzuführen. Die Angriffe aus Prinzipalitätskreisen erwecken den Anschein, als ob man dort heute mehr als je bestrebt ist, das Wirken unserer Lehrlingsorganisation zu unterbinden. Demgegenüber sollten wir nicht darauf verzichten, unsern Einfluß auf die Handwerkskammern zu stärken. Diese sind nur dort rückständig, wo keine Einwirkung von unserer Seite möglich ist. Sobald das geschieht, werden ganz andere Resultate erzielt.

Semmerich: In Bayern sind Schwierigkeiten, wie hier geschildert, nicht zu konstataren. Wesentliche Unterschiede bestehen zwischen dem Wirken der Lehrlingsabteilungen in den Städten und auf dem platten Lande. Mitheraus in der Lehrlingsbewegung sind zurückzuführen auf die übertriebene Bedeutung des Sports bei vielen Lehrlingen. Materieell muß den Gauen unter die Arme gegriffen werden, damit sich Bezirkszusammenkünfte der Lehrlinge ermöglichen lassen. Die Lehrlingsprüfung muß die Vorbereitung sein für die Aufnahme in den Verband. Wenn Schwierigkeiten entstanden, so nur hinsichtlich der Lehrlingsordnung. Anfanglich war Einverständnis zu erzielen mit den Prinzipalen. Als jedoch die Hamburger „Leute“ ihre regierende Tätigkeit auch auf Bayern erstreckte, war es mit einer Zusammenarbeit im Sinne der Lehrlingsordnung vorbei.

Baumelster: Eine Zusammenfassung der Lehrlinge in den einzelnen Orten ist außerordentlich schwer. Berücksichtigungswert ist, daß politische Momente nicht in die Bewegung hineingetragen werden. Unsere Aufgaben liegen auf gewerkschaftlichem und technischem Gebiet. Mangelhaft ausgebildete befallen die Gehilfenarbeit in mehrfacher Hinsicht. Die Anstellung eines Jugendsekretärs ist eine Notwendigkeit. Aber allem politischen Streik haben wir veräußert, die unzeitgemäßen Bestimmungen der alten Gewerbeordnung über den Hausen zu werfen. Wir dürfen unsere Jugend nicht technisch einseitig erziehen, sondern müssen sie in geistiger Hinsicht in jeder Beziehung fördern.

Dreher: Gegen den Antrag von Kiel auf Übernahme des Bildungsverbandes auf den Verband muß sich nicht wenden. Die rechtliche Lage zwischen beiden Körperschaften ist völlig klar. (Redner geht näher darauf ein.) Zum Herauskommen eines Schlichtes des Bildungsverbandes in Gestalt des „Jungbuchdruckers“ liegt absolut keine Veranlassung vor. Die Lösung der Bildungsfragen in der Zukunft wird sowieso zur personellen Einheit führen. Die Anstellung eines Jugendsekretärs ist eine unabweisbare Notwendigkeit. Wenn das nicht sofort möglich sein sollte, muß wenigstens die Einberufung einer Jugendleiterkonferenz ins Auge gefaßt werden. Das es mit der Lehrlingsordnung nicht besser vorwärts geht, ist nicht nur die Schuld der Prinzipale, sondern auch die Gehilfen sind daran schuld. Legen Sie in die Herzen der gelehrten Jugend die Ideale hinein, die wir brauchen zum Vorwärtshommen. An die Spitze unserer Jugendabteilungen gehören keine Politiker, sondern Leute mit gutem Willen zur Leistung erzieherischer Tätigkeit. In diesem Sinne hat mir die allseitige Anerkennung des „Jungbuchdruckers“, dessen zweimaliges Erscheinen angestrebt werden muß, aufrichtige Freude bereitet.

Sannemann: Mit der Schaffung unserer Lehrlingsabteilung haben wir eine schwere Arbeit übernommen. Mit großer Lust und Freude ist man überall an die Bildung von Lehrlingsabteilungen herangegangen. Wir dürfen uns nicht abschrecken lassen durch Prinzipale, die uns zurückdrängen möchten auf die Zukunft. Sie sollten uns dankbar sein für die Arbeit, die wir im gewerkschaftlichen Interesse leisten. Aber wir verzichten auf Dank und Anerkennung, weil wir die innere Verpflichtung haben zur Leistung zeitgemäßer Erziehungsarbeit. Was in dieser Beziehung durch den „Jungbuchdrucker“ geleistet wird, steht einzig da. Alle Parteien versuchen heute, die Jugend ihren Bestrebungen dienlich zu machen. Aber die Jugenderziehung im parteipolitischen Sinne liegt nicht im Interesse der Jugend.

Reisner: In gewerkschaftlicher Beziehung muß mehr Wert auf die Jugenderziehung auch durch das Verhalten der Gehilfen auf der Arbeitsstätte gelegt werden. Redner geht dann auf die Beteiligung von Lehrlingen an Streikbewegungen und die daraus entstehenden Schwierigkeiten ein.

Gabber: Mit Recht ist hier die Notwendigkeit fachtechnischer Ausbildung betont worden. In der Praxis wird sich der Lehrvertrag als hinderlich erweisen. Deshalb ist es nötig, die Lehrlingsfragen aus dem Punkte

Thorhauer: In Hamburg haben wir uns schon vor dem Streike der Lehrlinge angenommen und mit ihnen gemeinschaftlich gearbeitet. Aus diesem Grunde ist der

der Handwerkskammern herauszugeben und sie einzuführen in die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen durch die Gewerkschaften. Alle politischen Einwirkungen auszuschalten, ist unmöglich. Unsere Verträge müßten mit Verständnis für die Arbeiterbewegung erfüllt werden auf Grund der Marxistischen Theorie. Die Grundgedanke dafür müssen gelegt werden. Dabei sind wir keineswegs der Meinung, daß die technische Erziehung vernachlässigt werden darf. Allerdings sind wir grundsätzlich der Auffassung, daß die technische Ausbildung innerhalb der Arbeitszeit und in Lehrschulen erfolgen müßte. Eine allzu große Spannung der Nervenzellen ist gefährlich für unser Nachwuchs. Deshalb darf der ausbleibende Sport nicht in Betracht und Besorgnis verurteilt werden. Wir verlangen, daß das Moment des Klassenkampfes die gebührende Berücksichtigung in der erzieherischen Praxis findet.

**Selmsdorf:** Die allgemeine Anerkennung, die dem „Jugendbuchdrucker“ hier gesollt worden ist, hat mich mit Freude erfüllt. Darin erblicke ich die beste Antwort auf die unaussprechlichen Einwände der „Zeitschrift“. Unsere Prinzipale scheinen in unserer Verbringungsabteilung eine Art Kleinlehrerbewandlungsamt zu erblicken, in der man die Lehrlinge abschleift von den lebendigen Strömungen des Wirtschaftslebens. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, neben den Berufsangelegenheiten, die sie für die Jugend zu erledigen haben, die Jugend zu brauchbaren Gewerkschaftlern zu erziehen. Es ist von eminenter Bedeutung für die Jugend, daß die Entwicklung der Arbeiterbewegung von großem Vorteil, wenn die Jugend nicht von früh an auf ein politisches Programm festgelegt wird. Die herrschende Arbeiterperspektive würde der Jugend zu schwerem Verdächtig werden. Deshalb muß man wünschen, daß die Jungen nicht alles das nachschlachten, was ihnen die Alten vorlegen. Erstreckt sich das der DGB, die Inflation der erzielten zur Verwirklichung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. In den beiden Konferenzen, die inzwischen stattgefunden haben, wurde auf der Vorarbeit der Buchdrucker in der Verbringungsfrage weitergebaut. Die gute technische Ausbildung wurde dort als logische Pflicht anerkannt, und die Verbringungsfrage für das Buchdruckergerbe als erzieherisches Ziel bezeichnet. Bei uns wäre es dringender, die Anstellung eines Jugendsekretärs ins Auge zu fassen, in dessen Händen alle Fäden der Jugendarbeit zusammenlaufen und dem auch die Redaktion des „Jugendbuchdrucker“ übertragen werden könnte. Inwieweit sich das als unmöglich erweisen sollte, müßte man wenigstens der Einberufung von gelegentlichen Konferenzen der Jugendleiter in dem Gauen näher treten. Das ist nötig im Interesse eines einheitlichen Wirkens auf dem Gebiet unserer Jugendarbeit. Dankbar anzuerkennen ist das Wirken unserer Jugendleiter. Sie gehören nicht zu den lauten Rüstern im Streit, sondern sie sind die stillen Arbeiter für die Organisation. Unter der Mithilfe dieser Männer, die in den Reihen der Lehrlinge, Mitarbeiter erblicken und ihnen dabei in kameradschaftlicher Art Verständnis beibringen für die Ziele der Arbeiterbewegung, wird es gelingen, Begeisterung in der Jugend zu entfachen für das gemaltene Ringen der Arbeiterklasse um eine glücklichere Zukunft. (Lebhafter Beifall).

**Krauer** tritt ein für die Rückvergütung der Kosten aus der Verbandskasse für Verbringungsveranstaltungen und schlägt die Art der Jugendarbeit in Schleswig-Holstein. Darauf findet ein Antrag auf Schluß der Debatte Annahme.

**Fülle** bemerkt im Schlußwort u. a.: Der Schwerpunkt unserer Jugendarbeit liegt in den Ortsvereinen. Der Widerstand der Ämter gegen unsere Verbringungsordnung ist bislang nicht zu brechen gewesen. Bei ihrer Beratung im Jahre 1920 hat man allerdings geglaubt, daß mit dem Willen der alten Gewerkschaften baldig ausgedrückt werden würde. Das ist leider nicht eingetreten. Trotzdem muß das Verständnis für die Verbringungsordnung wachsen und durch die Tarifkämpfe entsprechend bekräftigt werden. Die an einer Reihe von Orten getroffenen Vereinbarungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen zur Förderung des Verbringens sind anzuerkennen. Auch sie werden uns ein Stück weiterbringen. Einwendungen sind im allgemeinen gegen die Aufstellungen des Verbandsvorstandes nicht erhoben worden. Auswüchse in parteipolitischer Richtung müssen entzweit bekämpft werden. Nach Lage der drückenden Verhältnisse muß den Verbringungsabteilungen die nötige Selbstbestimmtheit in ihrer Wirksamkeit gemacht werden. Mittel für besondere Veranstaltungen — soweit dies in den nötigen Grenzen bleiben — sind stets bewilligt worden. Mit der Anstellung eines Jugendsekretärs ist der Verbandsvorstand grundsätzlich einverstanden. Es muß ihm aber diesbezüglich freie Hand gelassen werden. Empfehlenswert ist es, alle zur Jugendfrage gestellten Anträge dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung zu übermitteln. Es ist erwerlich, daß es gelang, in durchaus sachlicher Aussprache das Problem der Jugendarbeit zu erörtern.

In der darauf erfolgten Abstimmung wurden gemäß dem Vorschlage des Referenten die vorliegenden Anträge dem Verbandsvorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Vom 1. Oktober 1922 ab soll der wöchentliche Beitrag zur Verbringungsabteilung 1 Mk. betragen. Der „Jugendbuchdrucker“ erscheint vom gleichen Termin ab monatlich zweimal. Die Verbringungsstelle bleibt Eigentum des Bildungsverbandes.

Selb erklärt nochmals ausdrücklich, daß der Verbandsvorstand auch in Zukunft allen auf die Förderung der Jugendarbeit gerichteten Wünschen Rechnung tragen wird.

Dann gelangt Punkt VII zur Erörterung: „Stellungnahme zu den Anträgen betreffend den „Korrespondent“.“

**Bellchmidt:** Bereits in der Debatte über den Geschäftsbericht sind verschiedene Momente geltend gemacht gegen den „Korr.“. Es ist eine leistungsfähige Zeitschrift, das folgende Beispiele wie früher unter diesem Tagesordnungspunkte heute nicht mehr ausgeführt zu werden brauchen. Und das ist gut so, weil es eben unmöglich ist, es allen recht zu machen. Trotzdem muß gesagt werden, daß eine irrtümliche Mitteilung der Redaktion bezüglich der Begabung der vollen Lohnmode gegenüber der vorliegenden Lohnverhöhung ein ziemlich Durcheinander zur Folge hatte, was unbedingt vermeiden werden muß. Unverkennbar ist im allgemeinen die vielseitige und durchdringende Unterrichtung durch den „Korr.“. Leider ist das Lebensbedürfnis auf Gehilfen Seite weit geringer als auf Prinzipal Seite. Das ist uns so sehr zu bedauern, als der „Korr.“ anerkanntermaßen auf hohem geistigen Niveau steht. Gegenüber dem beantragten Obligatorium des „Korr.“ ist das in Bayern geübte System, daß jede Mitgliedschaft den „Korr.“ für ihre Mitglieder bestellt und bezahlt, einschließlich vorzuziehen. Gegen ein zweimaliges Erheben des „Korr.“ wenden wir uns entschieden. Die Verlegung nach Berlin scheitert an den gegenwärtigen Verhältnissen. Die weitestgehende Meinungsfreiheit im „Korr.“, die ein Chemiker Antrag verlangt, ist schon jetzt gewährleistet. Eine Veranlassung zum Tadel besteht nicht. Möge der „Korr.“ trotz aller Meinungsverschiedenheiten auch weiterhin unter geistiger Wegweisung bleiben und auf dem bisherigen Wege weiterfahren.

**Selb:** Es rückt sich jetzt, daß der Beschluß auf Verlegung des „Korr.“ nicht in der Vorbereitung zur Durchführung gebracht wurde. Vielleicht ist die Sache durch die vorgeschlagene Ansammlung eines Hausbauvereins realisierbar. Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wäre eine engste Zusammenarbeit sehr erwünscht.

**Kotte:** Es recht zu machen jedermann, ist eine Kunst, die niemand kann. (Große Seltsamkeit.) Wir sind der Meinung, daß ein Gewerkschaftsblatt, gut redigiert, das beste Hindemittel ist. Wir haben zwar gesehen, daß der Wille vorhanden ist, im Sinne des Sozialismus zu wirken, aber dieser Wille wird behindert durch die Tarifgemeinschaft. Dieses Hemmnis wird fallen, je mehr wir die Prinzipale zum Klassenkampfe drängen. Die Schreibe welle ich keine persönliche freie, sondern sie wird diktiert von der geschichtlichen Art der Gewerkschaft des Verbandes. Das Verhalten des „Korr.“ vor und nach den Tarifbewegungen ist ein unverständliches. Ich muß feststellen, daß die Opposition über persönliche Benachteiligung zu Klagen Anlaß hat. Besonders hat es uns der Artikel „Prätorianer der Reaktion“ angeht. Wer die Eisenbahnerbewegung verfolgt hat, der wird diesen Artikel als einen Dolchstoß von hinten empfinden haben, als eine Entfremdung des Solidaritätsbewußtseins. Er leistete Handlangerdienste für Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit. Dagegen müssen wir Protest erheben. Wir bedauern, daß dieser Artikel erschienen ist, noch mehr aber, daß ein Gegenartikel abgedruckt wurde. Der „Korr.“ als Schiedsrichter des DGB, würde zum Henkersknecht der Sozialistenfreiheit. Alle schwachen Ansätze zum Sozialismus müssen bei der Einstellung auf Tarifgemeinschaft und Reformsozialismus verstanden. Der von der Redaktion eingeschlagene Weg trägt zur Förderung der geistigen Aufklärung nicht bei. Die Entgegnung in dem Artikel „Prätorianer der Reaktion“ zeigt uns das ungenügende Verständnis der Redaktion gegenüber der Masse. Die Verlegung des „Korr.“ nach Berlin erachtet wir für vorteilhaft im Interesse leichter Verständigung. Der Redaktion ist zu empfehlen im Sinne des Antrags Chemnitz zu handeln, allen geistigen Richtungen vollständige Meinungsfreiheit zu gewähren. Dagegen ist der Antrag Eisenbahner abzulehnen.

#### Nachmittags-Sitzung

Die „Korr.“-Debatte wird fortgesetzt.

Weber äußert das Empfinden, ein Teil der Delegierten wolle die Vertreter aus der Provinz nicht zu Worte kommen lassen. Dagegen ist Verwahrung einzulegen. Der „Korr.“ hat drei Artikelentwürfen über die mit der Lohnkommission in Eisenbahnen verknüpften Vorgänge gebracht, die zum Teil schmerzvoll waren. Der zweite Artikel war nicht einmal unterzeichnet; ein J. S. in D. hat ihn geschrieben, womit aber verschiedenes bekannte Kollegen gemeint sein können; man soll doch mit keinem vollen Namen heraustreten, wenn schmerzvoll zu nennende Dinge erheben werden. Wie der Berliner Kollege Franz Jotag über die Verhältnisse und Vorgänge in den Bezirken Eisenbahnen im „Korr.“ schreiben kann, ist nicht zu verstehen. Man hat dem Kollegen Wortmann wohl vorgeworfen, daß er schon zum dritten Male Mitglied ist, das W. aber vom Beruf abgegangen war, wird verweigert. Die Redaktion hätte doch solche Schwächen in diesen angehenden Artikeln streichen sollen. Das Schlimmste aber war, daß ein Gegenartikel von Wortmann nicht aufgenommen wurde. In der letzten Zeit hat der „Korr.“ auch verstanden, daß über Vorgehen zur Beilegung der Sonntagsarbeit etwas gesagt werden kann. Wir in Eisenbahnen haben sie beilegt, es geht auch so, und wir sind stolz darauf.

Vorländer Selb: Der Kollege Weber hat von ordnungsgemäßer Wahl der Lohnkommission gesprochen. Es gibt aber eine solche Einrichtung weder nach dem Verbandsstatut noch unter den Einrichtungen der Tarifgemeinschaft. Von ordnungsgemäß kann da also keine Rede sein.

Vierath kann sich Weber in bezug auf die Schreibe welle des „Korr.“ nur anschließen. Im „Korr.“ müssen auch Verbandsratsbeschlüsse kritisiert werden können; Beschlüsse sollen dadurch nicht umgestoßen werden. Doch ein Stuttgarter Kollege, der über die Freiheitlichkeit schreiben

wollte, von der Redaktion abgewiesen wurde, weil in bezug auf die Freiheitlichkeit Beschlüsse von Nürnberg vorliegen, wagt von kleinstem Geiste. Der Prätorianer Artikel war hanebüden; die Regierung ging gegen die streikenden Eisenbahner mit Ausnahmemaßregeln vor. Da durfte der „Korr.“ nicht so schreiben. Der Kollege Jotag hat ganz persönliche, geradezu ekhathale Verleumdungen gegen Wortmann und ihn gerichtet. Um nicht zum zweitenmal eine Erwiderung von ihm im „Korr.“ um die Hälfte gekürzt zu sehen, hat er dann im „Graphischen Block“ darüber geschrieben. Man hat ihn bemüht in den Druck zu setzen, wollte ihn vielleicht dadurch von der Generalversammlung fernhalten; das war klüger gehandelt. Die Redaktion in ihrer letzten Zusammenkunft verdient ein solches Mißtrauen.

Selb ist der Ansicht, daß die Nürnberger „Korr.“-Debatte doch nicht ausreichend getrachtet hat. Die Tarifkämpfe sollten nach dem Inhalt sein. Die Jotag-Artikel und andere hätten nicht gebracht werden sollen. Kollege Selb hat den „Korr.“ in seinem Schlusswort zum Geschäftsbericht zu sehr gedehnt. Die Redaktion soll sich nicht etwa auf die „Freiheit“ beziehen, die den Eisenbahnerstreik auch verurteilt hat; der Standpunkt der „Freiheit“ ist von ihm und vielen nicht gebilligt worden. Eine Verdrängung wie die des Reichspräsidenten gegen die Eisenbahner kann sich auch einmal gegen andere Gewerkschaften richten. Vor acht Wochen wurden von einer Berliner Firma mehrere Streikposten gesucht. Das mußte der Redaktion doch auffallen. In der Tat bestand bei jener Firma ein Konflikt. Es sind dann nach Berlin vertriebenen Kollegen aus jenes Interim hin gekommen, und der Firmeninhaber ist sich noch etwas zugute, daß der „Korr.“ das Interim nicht beanstandet hat. Die Verlegung des „Korr.“ nach Berlin muß bedeutsam werden. Das „Korr.“-Obligatorium ist abzulehnen; wo es besteht, wird der „Korr.“ nicht besser gelesen. Nur zweimaliges Erheben des „Korr.“ kann aber nicht empfohlen werden. Der „Korr.“ sollte mehr Fragen des Sozialismus erörtern.

**Reyer:** Die Schreibe welle des „Korr.“ vor und nach den Verhandlungen des Tarifauschusses ist oft ganz entgegengesetzt. Die Rechenexempel, was herausgesprungen ist bei den Verhandlungen, nehmen sich manchmal aus, als ob die Mitglieder verdummt werden sollen. Die dem Lohnabkommen aufstimmenden Berichte werden zuerst gebracht, dadurch findet eine Beeinflussung der Meinungen statt. In Bielefeld hat man deshalb kein Vertrauen mehr zum „Korr.“ und nimmt von der Einbringung von Berichten und Artikeln Abstand. Kritik am „Korr.“ wird getrieben, aber Redaktionschwänze gibt es häufig und sie sind meistens lang. Für das „Korr.“-Obligatorium kann man nicht eintreten. Wie man das nur zweimaliges Erheben des „Korr.“ fordern kann, wo sonst immer geklagt wird, daß die Berichte zu spät erscheinen, ist nicht zu begreifen. Aus dem „Korr.“ würde ein zweier „Altkorb“ werden, wenn es nach dem Antrag Nr. 282 geben sollte, das aber nicht ist.

**Schaeffer:** Aus dem Schlusswort von Selb ist schon hervorgegangen, welche Schwierigkeiten für den „Korr.“ bestehen. Es kommt vor, daß man einmal etwas schreiben muß, das dem inneren Empfinden nicht ganz entspricht. Grundtätigkeit hat die Redaktion die Verbandsmitglieder zu vertreten, wie sie jeweils von der Generalversammlung der Organisation festgelegt wird. Das ist doch bei den Parteien ebenso, auch bei den Kommunisten. Die sehr häufigen Tarifauschussverhandlungen lassen ja gar nicht mehr Zeit und Raum zu belebenden gewerkschaftlichen Artikeln. Man sollte doch verstehen, daß vor Verhandlungen anders geschrieben werden muß als nachdem. Es ist doch selbstverständlich, daß die Redaktion für das im Tarifauschusse Vereinarbeit eintreten muß; andre Kollegen an unserer Stelle könnten auch nicht anders handeln. Die Meinungsfreiheit ist im „Korr.“ nicht beschränkt, sondern so weitgehend wie bei keinem andern Gewerkschaftsblatt. Es kommt häufig vor, daß die Redaktion eigene Arbeiten in den Papierkorb wandern läßt, um andre Kollegen mit ihren Artikeln zu Wort kommen zu lassen. Die Redaktion darf jedoch nicht so weit gehen, daß diejenigen, die alles bekämpfen, bevorzugt werden bei der Aufnahme von Artikeln. Es ist wirklich ein lautes Stück Brot, das wir in der Salomonstraße genießen. Kollege Kotte hat behauptet, der „Korr.“ bildet ein Bollwerk gegen links, das ist nicht der Fall; aber der „Korr.“ muß ein Bollwerk sein gegen die, die den Verband in irgendeiner Weise bekämpfen. Redner läßt dann an, was überall eigentlich geschrieben hat in keinem Gegenartikel, was und wen er da alles einbezogen hat, was gar nicht zur Sache gehört. Die Erwiderung von Wortmann ist schon vor den beiden letzten Artikeln eingegangen. Unter Verletzung einer Reihe von Stellen in dem Wortmannschen Artikel erbringt Redner den Beweis, daß Wortmann Behauptungen über den Verband, einzelne Mitglieder und die Verbandsmitgliedschaft allgemein etwas sagen wollte, das die Aufnahme einladet. Das ist der ausschlaggebende Grund für die Ablehnung gewesen. Was alles gegen den „Korr.“ vorgebracht wird, sind manchmal geradezu unheimliche Verdrehungen. Es stimmt nicht, daß ein Unkenlied über etwa den Prätorianer-Artikel geschrieben hat. Dieser Artikel stammt von mir. Er küßt sich in erster Linie auf sogenannte Reichlichen einer „Obersten Einheitsleitung“, die von deutschlandweiten höheren Eisenbahnbeamten als Verbindungsoffiziere im Stille der früheren Obersten Eisenbahnleitung im Kurierdienste schon zwei bis drei Tage vor dem Eisenbahnerstreik bei „vertrauenswürdig“ Personen angeblich im Auftrag der Reichsgewerkschaft im Lande verbreitet wurden. Wenn nun das letztere vom Vorstande der Reichsgewerkschaft bestellt wird, so sind damit noch lange nicht die geheimen Nachrichten gewisser Reichsbolschewisten widerlegt. Oberingenieur, Regierungs-

baumelster usw. haben in der Streckleitung und verstanden es kann, sich beizeiten zurückziehen, als die Sache brenzlich wurde. Wenn heute die Reichsgewerkschaft von solchen Elementen abgerückt ist, so ist das erfreulich, weniger aber, daß sich die Kommunisten heute noch vor den Wagen solcher Hebeln spannen lassen. In der 'Leipaer Volkszeitung' wurde später die gleiche Auffassung vertreten. In einer großen Verammlung des Leipziger Gewerkschaftsrates sind Anordnungen gemacht worden, die die Wichtigkeit des Prätorianer-Artikels auch erbringen. Redner vertritt dann noch Stellen aus dem Organ der Vorkommnisse, die Warnungen enthalten vor reaktionären Elementen, die in die Aktion der Vorkommnisse eingegriffen haben. Wenn es in Leipzig schon so weit war, daß die Druckerpersonalen entlassen werden sollten wegen des Eisenbahnerstreiks, und wenn man wahrnehmen mußte, daß das Loeben vom Tarifauschusse Beschlossene durch den Eisenbahnerstreik schon wieder buntläufig wurde, dann mußte der 'Korr.' seine Meinung dazu sagen und von dem Standpunkte der Gewerkschaftsdisziplin aus das in energischer Weise tun. So etwas wie die Wortmannsche Lohnkommission hat es früher doch auch nicht gegeben. Warum soll denn im 'Korr.' jetzt nichts gegen solche unzulässigen Gebilde gebracht werden? Mit dem Pseudonym wird es auch gemacht, wie es trifft; Kollege Kolke hat z. B. ausnahmsweise von der Redaktion verlangt, mit verschiedenem Pseudonym schreiben zu dürfen. Bei den Briefkastennotizen sollte man nur wissen, worauf sie mitunter zurückgehen, und was für Angriffe auf den 'Korr.' damit eine Abwehr finden. Angehts dessen, was hier alles vom 'Korr.' verlangt worden ist, müssen auch die Schwierigkeiten für die Redaktion sehr erhöht werden. Straß hat schon seit Monaten mit der Verbandsgelehrte beschäftigt. Helmholz hat den 'Jungbuddrucker' mit und ist über von gewerkschaftlichen Tagungen in Beschlag genommen. Ich selbst bin durch die Lohnverhandlungen aller vier Wochen mit ihren Vor- und Nacharbeiten und von anderen redaktionellen Notwendigkeiten so in Anspruch genommen, daß allem gar nicht nachgegeben werden kann. (Zuruf: Und der vierte Mann?) Ja wohl, es ist von uns versucht worden, eine Erleichterung durch eine Wäsche einzuleiten zu lassen. Das ist jedoch nicht in dem erwarteten Maße gelungen. Jeder von uns in der Redaktion hat das ernste Bestreben, den Interessen der Kollegenchaft mit ganzer Kraft zu dienen, wenn aber die Angriffe so stark werden, dann wehren wir uns kräftig. (Braurufe.)

Es wird nunmehr eine Mißtrauensresolution von Kolke und Genossen eingebracht.

Seife: Nicht nur die Opposition, sondern auch andre Delegierte haben Kritik am Verbandsorgan geübt, das ich aber in laudischer Weise gelassen. Anders sieht es, wenn die Tätigkeit der Redaktion beurteilt werden soll, da man ja verlogen kann, welche verheide, hinterhältige Angriffe gegen einzelne oder gegen die Opposition überhaupt gerichtet werden. Hat die Redaktion wirklich die Würde, bewegte Beschlüsse genügend beachtet? Die Schreibweise über Lohnverhandlungen ist wiederholend. Brutal ist das Verhalten durch Briefkastennotizen zu nennen. Der Briefkasten erscheint ihm als Zielweize, wo man sich förmlich auslebt. In Nr. 48 hat man einen Artikel von Kolke einen viel längeren der Redaktion vorgelegt, der den Kolke'schen Artikel abtut. (Zuruf: Machen kommunistische Blätter auch!) Es muß verlangt werden vom 'Korr.', daß er die Beschlüsse der Antiröhmischer Internationale vollständig veröffentlicht, damit die Mitglieder einen besseren Einblick erhalten. Wenn Beschlüsse dem 'Korr.' ein hohes Niveau nachlag, wie es kein anderes Gewerkschaftsblatt aufweist, dann halte er das Wesentliche für richtiger.

Fälli: Der 'Korr.' soll also die Pressefreiheit gefährden — ich danke meinem Schöpfer, daß ich kein 'Korr.'-Redakteur bin! In Wirklichkeit liegen die Dinge aber so, daß wir recht viele Kollegen mit großem Schreibbedürfnisse haben, so daß der 'Korr.' einen Überfluß von Einleitungen hat. Die meisten der hier laudiert gegen den 'Korr.' antretenden Kritiker sind trotzdem eifrige Mitarbeiter des Verbandsorgans. Andre und ich möchten auch einmal für den 'Korr.' etwas schreiben, aber man sieht ja, daß kein Raum da ist, daß sich da Leute breitmachen, die sonst für den 'Korr.' absolut nichts übrig haben. Volle Pressefreiheit, wie sie hier verlangt wurde, ist gar nicht möglich. Wer von einem schlechten Ton des 'Korr.' spricht, weiß nicht, daß früher das eher zugefallen hat. Im 'Graphischen Bloch' aber sind Schmutz- und Schandartikel zu finden und Unterstellungen (gegen den Verbandsvorstand), wie es gar nicht für möglich zu halten ist. (Redner liest solche Stellen vor.) Wer die Unterhändler der Pressefreiheit in Wirklichkeit sind, das sind die Kollegen von ganz links, eine kleine Gruppe von sechs oder acht Mann.

Üblicher: 76000 Mitglieder es recht zu machen, ist unmöglich. Es kommt auch gar nicht darauf an, einen jeden zu befriedigen. Wohl ist aber zu unteruchen und festzustellen, wie der 'Korr.' auf die Prinzipalkritik wirkt. Da kann die Redaktion gut bestehen. Wenn es so durcheinander geht wie all den ungenutzten Lohnbewegungen, dann kann der 'Korr.' doch wirklich nicht alle zufriedenstellen. Von einer Bedrückung der Pressefreiheit beim 'Korr.' kann keine Rede sein. Straß hat in Nürnberg ja allgemein nachgewiesen, wie ganz gering die Zahl der Artikelablehnungen ist. (Zuruf vom Redaktionsstab: Ist jetzt eben!) Wir hier stellen doch für die Redaktion Richtlinien für ihre Tätigkeit auf, indem die Verbandspolitik für die nächste Zeit festgelegt wird. Wir sind also verantwortlich zu machen, nicht die Redaktion. Die Artikel werden zu sehr sorgfältig gelesen; man muß mehr auf ihre Tendenz sehen. Da wird ein Redaktionsartikel vor Lohnverhandlungen eben eine andre Tendenz haben als

der nach denselben erscheinende. Inerente von Gehilfen, die alles mögliche sein wollen, sollte die 'Korr.'-Expedition abweisen. Entgegen Webers Darstellung ist zu konstatieren, daß die Lohnkommission von Eiberfeld-Barmen Matuswidrig war. (Redner erbringt dafür Beweise.) Den 'Korr.' bald nach Berlin zu verlegen, sollte doch möglich sein; es könnte dann schneller über Tarifverhandlungen berichtet werden. Wie der 'Korr.' beurteilt wird von Unkenknecht, konnte er im Herbst 1921 bei den Unkenknecht-Gewerkschaftskurien an der Unterelbe Männer wahrnehmen. Da waren alle Gewerkschaftsblätter vorhanden. Das Urteil ging allgemein dahin, daß der 'Korr.' der Buchdrucker an die erste Stelle mit seinem Inhalt zu stellen ist.

Zausel (Wdoff) erklärt, daß trotz der guten nachbarlichen Beziehungen und trotz der seit Nürnberg beim 'Korr.' eingetretenen Besserung, eine Kritik am Verbandsorgan nicht überflüssig ist. Er hat früher auch für den 'Korr.' geschrieben, weil man ihm in Kollegentreffen sagte, daß er damit ja die Tendenz des 'Korr.' unterkühle, hat er es dann unterlassen. (Zuruf vom Redaktionsstab: Da ist die Berliner Dppo aber nicht so ängstlich!) Die Redaktionschwänze sind noch nicht genügend verschwunden und zu lang. Artikel wie 'Einst und Jetzt' aus Berlin sollten abgelehnt werden. In den Inzeratenteil gehen manches nicht hinein; jetzt kann man alles angeprellt finden, von der Schubcreme bis zum Wandwurmmittel.

Selmholz: Wenn der Vorstandsbericht zweieinhalb Tage in Anspruch genommen hat, ist es zu verstehen, daß beim 'Korr.'-Punkt auch viel geredet wird. Aber es konnte sachliche Kritik erwartet werden, nicht im Sinne wie die Einschließung von Kolke, Gabben usw. Eine Pressefreiheit, wie von dieser Seite verlangt, ist ja gar nicht möglich. Trotzdem von einer Generalversammlung zur andern ein Entschluß für die Tarifgemeinschaft gefaßt wird, hat doch der 'Korr.' schon viele Artikel gegen die Tarifgemeinschaft gebracht. Was ist doch weitgehend genug. Die hier den 'Korr.' am schärfsten kritisieren, sind tatsächlich oft im 'Korr.' als Artikelverbreiter zu finden. Der Eisenbahnerstreik im Februar d. J. hat den Kommunisten politisch in den Streifen gepakt. An Zillerungen weiß Redner nach, daß sich der 'Korr.' energisch gegen die Verordnung des Reichspräsidenten gewandt und volle Sozialfreiheit für alle Lohn- und Gehaltsempfänger gefordert hat. Das alles klingt doch nicht wie Beschönigung! Veralt hat es sogar festgelegt, ihn als Franz Jotog erscheinen zu lassen. Franz Jotog ist aber doch in Berlin und nicht in der Salomonstraße (Leipzig) zu finden. Veralt's Methoden werden immer eigenartiger. In einer Stellener Verammlung hat er wieder mit dem gefälschten Zirkular des Deutschen Buchdruckervereins vom Bremer Streik operiert, obwohl er aus der Nürnberger Generalversammlung 1920 bereits damit kein Glück hatte, denn der Verbandsvorstand hat die Unterelbe mit dem Zirkular gar nicht gegeben. Wenn hier einige Kritiker im 'Korr.' das Wort 'sozialistisch' vernichten, so ist das mit einem Worte Bebel's zu erklären, der gemeint hat, man braucht das gar nicht fortsetzen zu sagen und kann doch immer in diesem Sinne handeln. Von einer Einstellung wie hier bei den Einzelnen, wird der Kapitalismus am wenigsten berührt. Das Wort 'Bremer' ist heute wirklich nicht entbehrend, drängen ist jetzt bei dem Überfluß von Lokomolvalführern in der Arbeiterbewegung recht notwendig. Der Delegierte aus Bielefeld hat behauptet, dem 'Korr.' zugehende Berichte würden zuerst gebracht. Aus unterm Einlangsbuch kann nachgewiesen werden, daß damit auch wieder etwas ohne Beweise behauptet wurde. Am zweiten Verhandlungstag ist ja schon dem Vizepräsidenten nachgewiesen worden, daß seine Behauptung über Schließungen der Redaktion vollständig daneben trat. Bei der Aufnahme von Inzeraten wird sehr vorsichtig verfahren. Es findet in jeder Woche eine Anzahl von Ablehnungen statt. Anfragen bei den Vorständen über ein Inzerat werden nicht selten vorgenommen, aber manchmal ist die Form unveränderlich, da kann dann einmal etwas durchgehen. Vom dreimaligen zum zweimaligen Artikel überzugeben, ist nichts anderes als ein Rückschritt. Die Arbeitsfreudigkeit gerate für die Redaktion, die alles förmlich zu sagen hat, sollte nicht untergraben werden durch eine Art von Kritik, wie sie hier mehrfach in die Erscheinung getreten ist.

Veralt erklärt, in der betreffenden Verammlung von Berlin und von Stellin gelangt zu haben, daß sich seine Unterelbe unter dem Zirkular zurückgezogen hat — Selb (unterbrechend): Schon in Nürnberg 1920 ist dem Kollegen Veralt erwidert worden, daß der Deutsche Buchdruckerverein wohl so ein Zirkular gleich gedruckt vorgelegt hat, daß aber der Verbandsvorstand runderaus erklärt habe, seine Unterelbe nicht darunter zu setzen. Eine gar nicht gegebene Unterelbe kann also auch nicht zurückgezogen werden.

Veralt: Dann liegt ein Mißverständnis vor. Die Redaktion hat ihm folgendes in seiner Erweiterung geschrieben. (Verteilung der Stellen.) Den Kollegen Selmholz als Verfasser des Jotog-Artikels in seiner Erweiterung an den 'Korr.' verdächtigt zu haben, stimmt ja gar nicht. Im 'Graphischen Bloch', an den er sich gewandt nach den Erfahrungen mit den Streikungen, ist von ihm so etwas gesagt worden.

Kolke schildert, wie im Briefkasten seine Abwesenung begründet worden ist. Das Verlangen, pseudonym schreiben zu dürfen, ist darauf zurückzuführen, daß er nicht so oft mit seinem Namen glänzen wolle im 'Korr.'. Schaeffers Ansicht über den Prätorianer-Artikel wird von ihm auch jetzt noch nicht geteilt.

Weber legt an einem Flugblatte dar, daß in Eiberfeld-Barmen doch richtig gehandelt worden ist.

Gabben: Die von Fälli vorgenommene scharfe Charakterisierung eines Artikels im 'Graphischen Bloch' ändert nichts an dessen sachlicher Berechtigung; er ließe dabei, daß der Verbandsvorstand Streikbrecher in Schutz genommen hat. Der Eisenbahnerstreik wird von ihnen als der Ausbruch des ermadenden proletarischen Weltes betrachtet, und deshalb hätte der 'Korr.' ihn anders behandeln sollen.

Zum Punkt 'Korrespondenz' ist nur die nachstehende Resolution von Gabben, Kolke und noch fünf Genossen eingebracht:

Die Schreibweise des 'Korr.' läßt eine gleichere Richtung zum Sozialismus vermissen. Sie unterliegt zu stark der Tagespolitik der Reformarbeit, wozu sich in der Geschichte des Verbandes. Seine Stellungnahme zum Eisenbahnerstreik durch den Artikel 'Prätorianer der Reaktion' verdient schärfste Verurteilung. Ebenso scharf zu verurteilen ist die Ablehnung sachlich gebaltener Artikel von oppositionellen Kollegen.

Die Generalversammlung beschließt daher, daß in Zukunft allen Richtungen der 'Korr.' zur Benutzung sachlicher und richtiger Artikel zur Verfügung steht. Oberster Grundsatze des 'Korr.' muß ohne Rücksicht auf das Unternehmertum eine im Sinne des Sozialismus gebaltene gleichwertige Schreibweise sein.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird diese Resolution gegen nur wenige Stimmen abgelehnt.

Rothstein (Budapest) verabschiedet sich hierauf mit seinem Kollegen Weid: Nicht einmal in der ganzen Woche haben wir unsere Meinung gesagt bei diesen anregenden Debatten. Was ist ein Opfer von uns gewesen, denn wir fühlen uns bei Ihnen ja nicht als Fremde. Die Tarifgemeinschaft hätte nach unserer Auffassung die Hauptsache bilden müssen. Die Zeit, wo es ohne Tarifgemeinschaft ging, ist längst vorbei. Wie hat es denn damals mit den Kämpfen gegen die Unternehmer ausgefallen? Bei jedem Kampfe ging es von neuem um das, was schon erreicht war, das aber, weil keine Einrichtungen vorhanden waren, es zu halten und auszubauen, immer wieder verloren ging. Die Tarifgemeinschaft ist in dem fortwährenden Kampfe zwischen Kapital und Arbeit nur ein Waffenstillstand. Der Klassenkampf ist doch auch nur Mittel zum Zweck. Der Kampf um die Grenzen ist ein ewiger, muß ewig sein, denn sonst müßten wir ja wieder zurückgehen. Aus den Verhandlungen ergibt sich für die Aufstellung: Die Politik darf den Gewerkschaften nicht einen Strich durch die Rechnung machen. Möge die Generalversammlung in Leipzig dem deutschen Verbandsverbande zum Segen gelingen! (Braurufe)

Wetzel (Wien) will nach diesem längeren Abschiedsgrube nur kurz für die Aufnahme in Leipzig danken und wünscht der Generalversammlung sowie der Berliner Bewegung besten Erfolg.

Selb dankt den abgehenden Gästen für ihre Abschiedsworte und wünscht ihnen eine glückliche Heimkehr. Darauf verabschiedet sich die Generalversammlung zu dem 'Johannistag' der Leipziger Metallarbeiter in dem Rhein-establisment 'Lunapark'.

## Siebenter Verhandlungstag (9. Juli)

(Vorbereitung)

In der heutigen Sonntagsitzung wird zunächst Punkt V der Tagesordnung: 'Der gegenwärtige Stand der Technik in unserm Berufe' zur Beratung gestellt. Nach einem sehr instruktiven und mit lebhaftem Beifall ausgenommenen Referat durch den Sekretär im Verbandsvorstande, den Kollegen Höbne, entwickelte sich eine längere Aussprache über die zwischen Vorständen unseres Verbandes und dem Verbands der Lithographen und Steinbrucker vereinbarten Abkündigungen über Bezahlung und Bedienung von Offsetmaschinen, deren Annahme gegen wenige Stimmen am Schluß der Debatte zu verzeichnen war; womit teilweise eine diesbezügliche Einschließung der Konferenz der Kreisvorständen der Maschinenmeisterpartei erledigt war.

Hieran schließt sich die Beratung von Punkt VIII der Tagesordnung: 'Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker'. Hierzu erstattete der Vorstandsdelegierte des Verbands, Kollege Dreher, ein eingehendes Referat über die wichtigsten Bildungsfragen. Insbesondere für die Lehrlinge und die jüngeren Kollegen in technischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Eine Diskussion über diesen Punkt fand mit Rücksicht auf die Geschäftslage der Generalversammlung nicht statt, besondere Wünsche der Delegierten in der Frage des Bildungswesens sollten mit dem Kollegen Dreher in persönlicher Aussprache nach Möglichkeit geklärt werden.

Nach kurzer, aber durchschlagender Begründung beschloß die Generalversammlung Johann einstimmt, die berühmte graphische Sammlung des Kollegen Wajulik in Wienburg käuflich durch den Verlag des Bildungsverbandes zu erwerben.

Es wird sodann noch der Bericht des Kollegen Popler (Kattowitz) über die organisatorischen Verhältnisse und Wünsche der Kollegenchaft in dem abgetrennten Gebiet Oberhollands entgegengenommen.

Vor Schluß der Sitzung erstattete Kollege Albrecht (Berlin), der im Laufe des Vormittags ein getroffen war, kurz Bericht über den derzeitigen Stand des Kampfes in Berlin. Es ist demnach trotz kräftigster Einwirkung der gelassenen Reichsregierung noch keine Verlinbung erzielt worden. Die Prinzipale hielten sich in der Hauptsache an Formalen und verließen sich auf die endgültige Entscheidung durch den Tarifauschuss, der am heutigen Tage (d. h. am 11. Juli) in Leipzig zusammentritt.

Schluß der Sitzung um 1 1/2 Uhr nachmittags.

**Achtzigstellungen und Ergänzungen**

Im zweifelhaften Falle der Ausführungen des Kollegen Zähler in der Vormittags Sitzung des dritten Verhandlungstages (Nr. 78) muß es heißen: die Tarifgemeinschaften.

In den Ausführungen des Kollegen Thorban in der gleichen Sitzung muß es heißen, daß daran die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sich und seien, statt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund.

Kollege Mombauer wünscht, daß seinen Ausführungen am dritten Verhandlungstage (Vormittags Sitzung) noch erläuternd hinzugefügt wird, daß hinter die Forderungen in Rheinland-Westfalen keine inhaltlichsten Forderungen zu setzen sind, sondern nur die große Forderung der Gehaltssicherung, die eine einheitsliche und nicht nur örtliche Abwehr erfordert.

die heutige Verlammlung zu entscheiden. Kollege Peltch war der Meinung, daß die eingeschlagene Taktik nicht schon nach drei Tagen geändert werden könne. Bei einer solchen Bewegung hieße es eben Opfer bringen. Redner erklärte, es sei dem Beschlusse vom Sonnabend zu befolgen. Kollege Schiefner gab zu, daß das „Nachrichtenblatt“ nicht den Ansprüchen genügt hat, die daran gestellt worden sind. Hierbei war jedoch zu berücksichtigen, daß in erster Linie der gegenwärtigen politischen Situation und den Maßnahmen des ADGB bezüglich der Dienstagsdemonstration Rechnung getragen werden mußte. Den zutage tretenden Schwierigkeiten wäre nur zu begegnen, wenn den Wünschen des Gewerkschaftsbundes zugestimmt und dadurch die Arbeiterpresse freigegeben würde. Kollege Klassen hat, in Ruhe Rede und Gegenrede sich anzuhören. Wenn in den Bewilligungstreik eingetreten werden sollte, müßte dafür gesorgt werden, daß die Kollegen, die sich im Auslande befinden, von den Arbeitenden unterstützt werden. Kollege Ebel konnte mitteilen, daß der Reichsarbeitsminister sich wohl Mühe gegeben habe, die Prinzipale von ihrem hartnäckigen Standpunkt abzubringen, da er selbst anerkennen mußte, daß die Löhne der Buchdrucker zu minimale sind. Trotz dieser Einwirkung lehnten die Prinzipale jedoch jede Verhandlung ab. Unter diesen Umständen wäre es doch zu empfehlen, sich mit der Taktik der gegebenen Lage anzupassen. Kollege Schreier war bezüglich der Taktik anderer Meinung wie der Vorredner. Die einmal geschlossene Einheitsfront der Buchdrucker sollte durch nichts durchbrochen werden. Notwendig wäre es aber, die Arbeiterpresse unter einer bestimmten Kontrolle erscheinen zu lassen. Die Kollegen Sadu und A. W. Schmidt empfahlen, der veränderten Situation Rechnung zu tragen und sich dem Vorschlage des Gewerkschaftsbundes anzuschließen. Kollege Albrecht teilte mit, daß am Demonstrationstage Flugblätter der SPD erschienen sind, ferner die „Rote Fahne“ als Erlass die „Sächsischen Arbeiterzeitung“ lesere. Die Kollegen Köster, Niemann, Freudenreich und Zopi wollen an der bisherigen Taktik festhalten trotz aller Würdigung der Gründe des Vorstandes. Bemängelt wurde von ihnen, daß ein Teil der Angestellten noch in den Betrieben ist. Der Vertreter der Gewerkschaftskommission Siegle sowie die Vertreter der SPD, Heinig und der USPD Müller traten in längeren Ausführungen für das Erscheinen der Arbeiter- und Gewerkschaftspresse ein. Kollege Schreier ging noch einmal auf alle bisher gemachten Vorlegungen ein, widerlegte einige Ausführungen des Vertreters der Berliner Gewerkschaftskommission und empfahl der Verlammlung ebenfalls, dem Vorschlage des Gewerkschaftsbundes zuzustimmen. Durch inzwischen eingegangene Nachrichten läßt sich Kollege Maffini bewegen, die Verlammlung der Verlammlung zu

empfehlen. In seinem Schlussworte trat er dafür ein, die Arbeiter- und Gewerkschaftspresse erscheinen zu lassen. Die Buchdrucker haben sich von jeder in der unangenehmen Lage befunden, bei Einst. II in Lohnbewegungen die liebsten Arbeiter in Mitleidenhaft zu ziehen. Dieser besonderen Stellung waren sich die Buchdrucker auch stets bewußt, was dadurch bewiesen ist, daß sie im Interesse der Gesamtarbeiterchaft bemüht waren, ihre Lebenslage möglichst ohne Streit zu verbessern. Wenn trotzdem die politische Arbeiterpartei in den früheren Jahren nicht immer das notwendige Verständnis für die Bewegung der Buchdrucker aufgebracht hat, so muß doch einmal festgestellt werden, daß die Buchdrucker von jeder nicht die schlechtesten Vorhändler für die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung gestellt haben. Das sollte der Arbeiterpresse auch Veranlassung geben, in der gegenwärtigen Bewegung auch den Buchdrucker die zweifelslos zu beanspruchende Unterstützung zuteil werden zu lassen. Redner schloß mit dem Appell an die Gesamtarbeiterchaft, den überaus schwierigen Verhältnissen der geistigen Arbeiter innerhalb derselben Verständnis entgegenzubringen. Der vorliegende Verlamlungsantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, ebenso mit überwiegender Mehrheit der Antrag, die Arbeiterpresse erscheinen zu lassen. Ein Antrag, die Gewerkschaftspresse erscheinen zu lassen, wurde abgelehnt unter dem Hinweis, daß diese sich während unserer Bewegung mit der Freigabe der politischen Arbeiterpresse begnügen sollte. Alle anderen Anträge wurden vorläufig zurückgestellt.

**□ □ □ Korrespondenzen □ □ □**

Berlin. (Generalverlammlung am 5. Juli.) Kollege Maffini gab zur Situation folgendes bekannt: Das Reichsarbeitsministerium halte am Montag, 2. Juli, die Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer zunächst zu einer getrennten Besprechung der augenblicklichen Lage im Buchdruckerberuf eingeladen. Diesen getrennten Besprechungen schloß sich eine allgemeine Aussprache mit beiden Parteien an, die zu heftigen Auseinandersetzungen über die Ursache des Streiks und in vorgezählter Stunde zur Verlamlung führte. Am folgenden Tage traten beide Parteien unter Leitung des Reichsarbeitsministers Brauns wieder zusammen. Die Verhandlungen scheiterten jedoch an der Forderung der Prinzipale, erst die Arbeit wieder aufzunehmen. Von diesem Standpunkte ließen sich dieselben auch durch die Regierungsvertreter nicht abbringen. Hiernach hat sich für uns folgende Situation ergeben: Die Gewerkschaften sind nicht gewillt, sich zu „Nulla“ erniedrigen zu lassen. Auch die Buchdrucker haben ein Recht, anständige Löhne, wie sie in anderen Berufen gezahlt werden, zu verlangen. Die Forderung von 300 Mk. ist in dieser Beziehung nicht zu hoch, sondern durch die täglich steigende Teuerung schon wieder überholt. Unter diesen Umständen müssen sich überlegen, ob die bisherige Streiktaktik noch beizubehalten sei oder ob andere Wege in Erwägung zu ziehen sind. Das bisher herausgegebene „Nachrichtenblatt“ entspräche nicht allen unsern Wünschen; in der gegenwärtigen Lage sei jedoch hieran nichts zu ändern. Es handle sich nun darum, welche Wege zu beschreiten sind. Galtten wir den am Sonnabend gefassten Beschluß aufrecht oder verfolgen wir die Taktik des Bewilligungstreiks, wodurch dann auch das „Nachrichtenblatt“ überflüssig werden würde, da dann die Arbeiterpresse erscheinen könnte. Hierüber habe

**□ □ □ Rundschau □ □ □**

Kämpfe im Buchbinderberuf. Nach der in voriger Nummer gebrachten Mitteilung von bevorstehenden örtlichen Aktionen nach Scheitern der zentralen Verhandlungen, kann jetzt schon von dem Ausbruch solcher Meldung erfolgen: In Berlin waren zu Ende voriger Woche bereits 5000 Mitglieder des Buchbinderverbandes in den Streik getreten. Im Augenblick wird sich diese Zahl noch erhöht haben, da die Unternehmer mit Gegenmaßnahmen gedroht haben. In Leipzig sind in einigen Großbetrieben einflusslose 2000 Mitglieder in den Ausstand getreten. Auch hier scheint sich ein Großkampf vorzubereiten. Die Prinzipalität will zur Aussperrung übergehen.

**Verlammlungskalender**  
Munsterberg-Zuchholz, Bezirksverlammlung Sonntag, den 10. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Waldschloßchen“ in Zuchholz.

**Maschinenmeisterverein Ditzschau, Königsberg i. Pr.**

**25jährige Gründungsfeier**  
Sonnabend, den 15. Juli, abends 8 Uhr,  
im Hotel „Reichsadler“, Kaiserstraße 3b (kleiner Saal):  
**Empfang der auswärtigen Kollegen**  
Sonntag, den 16. Juli, vormittags 10 Uhr,  
im „Neuen Schloßgärtchen“, Vorderhofen:  
**Festverlammlung**  
Eingeleitet durch Vorträge der „Typographia“, Festrede: Kollege Dr. baid (Berlin), Übung der Jubilare.  
**Nachmittags Gartenfest** unter freundschaftlicher Mitwirkung der „Typographia“ und des Buchdruckerorchesters.  
Montag, den 17. Juli, vormittags 10 Uhr und nachmittags 3 Uhr:  
Besichtigung der größeren Betriebe.  
Abends 8 Uhr, zum Abschluß der Festlichkeiten, im Hotel „Reichsadler“, Kaiserstraße 3b (großer Saal):  
**Zwanzigster Bierabend**  
Anmeldungen unserer Prämienmitglieder betrefend Anknüpf, Milkaassen, Wohnung erbittet Vorstehender Kollege Neumann, Anknüpf, Holzgasse 13 I.

**Berliner Korrektorenverein**

Sonntag, den 16. Juli, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Wlgenstraße 44:  
**Jahreshauptverlammlung**  
Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen. 2. Bericht des Vorstandes. 3. a) Bericht über den Korrektorenrat in Leipzig; b) Bericht über die Verbandsgeneralverlammlung in Leipzig. 4. Beitragserhebung. 5. Vereinsmitteilungen. 6. Verschiedenes. [131]  
Die Vorstandssitzung findet pünktlich um 5 Uhr nachmittags statt.  
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

**Gediegene Akzidenzen Reklamearbeiten**

in Buchdruck  
Tausch — Verkauf  
Karl Koll / Schmalkalden / Kothersgasse 3.

**Älterer Monteur, Instruktör**

(Linotype, Typograph), erfahrliger Seher, sucht wieder im Privatbetriebe Anstellung.  
H. Altman, Breslau, Waterloostraße 13. [118]

**Typographieber**  
Modell-B und U-B, sofort gesucht.  
G. H. Brochhaus, Leipzig.

**Maschinenmeister**  
der höchster Autotypie- und Platten- drucker sein muß, für mittlere Druckeret gesucht. Erfahrung im Bleisatzdruck erwünscht. [125]  
Stück & Rohbe, Wesselnkirchen.

**Maschinenmeister**  
für Werks- und Plattendruck sofort gesucht.  
G. H. Brochhaus, Leipzig. [107]

**Ein Höherer ein Komplettgießer**  
für sofort gesucht. [120]  
Rudwig Wagner, Schriftgießerei, Leipzig, Wabelbergerstraße 1a.

**Schriftgießer**  
Vorwärtsstrebender  
26 Jahre alt, ledig, sucht Stellung.  
Werte Offerten unter Nr. 127 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbelen.

**Linotypeseher**  
korrekt, 25 Jahre alt, ledig, vier Jahre Praxis, sucht sofort Stellung. [126]  
Berbert Metz, Kaitrop 1. W., Wlcherstraße 2.

Junger, fleißiger  
**Seher**  
firm in allen Sorten, möchte sich an der Autotypie gründlich ausbilden (Vorkenntnisse vorhanden). Tagl. m. oblin. Gest. Angebote unter H. P. 81 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8.

**Typographieber**  
U-B, dreijährige Praxis,  
wünscht sich zu verändern  
Schleien bevorzugt, jedoch nicht Bedingung.  
Offerten unter Nr. 117 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbelen.

**Linotypeseher (Ideal)**  
23 Jahre alt, mit fünfjähriger Praxis,  
wünscht sich sofort zu verändern.  
Schwarzwald bevorzugt, aber nicht Bedingung.  
Offerten erbelen unter Nr. 129 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

**Linotypeseher**  
auch firm im  
Inseraten-, Akzidenz- und Werkstätt  
sucht bald Stellung  
in einer größeren Druckeret.  
Werte Offerten unter H. S. 128 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbelen.

**Diplome** für Verbands- und Arbeitspublikationen empfiehlt H. Siegl, München 9, Voltumbultra je 1.

Junger Jungesetzer  
**AKZIDENZSETZER**  
sucht sich in schaffensreiche Dauerstellung zu verändern  
Angebote unter J. 1000 an die Geschäftsstelle, Salomonstr. 8

**Rediger Linotypeseher** in allen vertraut, sucht dauerhafte, langj. Praxis. Gute Maschinen, u. -pflege. Offerten an Reichel, München, Leopoldstr. 61 II, 3.

**Ortsverein Erfurt**  
Freitag, 14. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Saale bei Steiniger (Friedrichstraße):  
**Mitgliederverlammlung**  
Tagesordnung: 1. Kasienbericht vom Mai und Juni. 2. Erledigung eines Aufnahmebesuchs. 3. Bericht von der Generalverlammlung. 4. Kasienbericht. 5. Vereinsmitteilungen. [121]  
Vollständiges Erscheinen der Mitglieder erwartet Der Vorstand.

**Graphische und buchgewerbliche Zeitschriften**  
gewerkschaftlichen und sachlichen Inhalts aus der Zeit von 1848 bis 1920, die im Erscheinen bereits wieder eingestellt haben, werden von mir, soweit ich dieselben noch nicht besitzt, in einigen Exemplaren zu kaufen gesucht.  
Gest. Angebote an Franz Westphal, Wien II, Kleine Pfarrgasse 12.

**Maschinenband, Messingbenzinkanonen, Kolumnenschwur, Einziehstaben, Auslegestäbe für Schnellpr.**  
Besizer u. Metz. [101]  
Wasserdorf, Graf-Adolf-Straße 112.

**Typograph**  
Schmashinemonieur und Instruktör. [248]  
Richard Obagert, Gumbinnen, Meelbedstraße 30.